Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. — Redaktion: Halle, Gr. Brauhausstr. 17, Fernsprecher Nr. 5407. Sprechstunde nur Dienstag und Freitag vormittag von 11½—12½ Uhr. Redaktionsschluß vormittags 10 Uhr. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3.75 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Berlin und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. — Fernsprecher: Nr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 75. — Halle, Donnerstag, den 3. April 1919. — 3. Jahrgang.

Heuchlerische Entrüstung.

Der Belagerungszustand über Berlin ist noch nicht aufgehoben, über Stuttgart und über das Ruhrrevier ist er am 1 April verhängt worden. Das sind traurige Tatsachen, sie gehören zu den Schattenseiten der revolutionären Entwicklung, die Deutschland durchmacht, sie sind aber

unvermeidliche

Begleiterscheinungen und müssen als solche hingenommen werden.

Wir erinnern uns alle noch der Begeisterung, mit der die erste Regierung der jungen deutschen Republik den Belagerungszustand für aufgehoben erklärte. Das waren die Flitterwochen der Freiheit. Es ist tragisch im höchsten Maße, daß dieselben Sozialdemokraten, die damals die Aufhebung des Belagerungszustandes jubelnd verkündeten, jetzt gezwungen sind, von diesem alten Mittel des Regierens Gebrauch zu machen, und man wird glauben, daß ihnen das wahrlich nicht leicht geworden ist.

Die Berliner unabhängige Freiheit nennt die Regierung die erste demokratisch-republikanische Regierung Deutschlands, eine Regierung des Belagerungszustandes und behauptet von ihr, daß sie keine andere Politik zu treiben verstehe als Gewaltpolitik. Sie versichert, daß man den Streik im Ruhrrevier

durch Verhandlungen beilegen

könne, und behauptet, daß die Regierung das dazu erforderliche nicht getan hätte. Die Freiheit führt damit wieder einmal ihre Leser in schamloser Weise irre, denn sie weiß sehr genau, daß im Ruhrrevier verhandelt worden ist, daß die Verhandlungen zu einem guten Ergebnis führten und daß jetzt eben von ihren spartakistischen Freunden der Versuch gemacht wird, das erzielte Ergebnis durch einen wilden Streik wieder umzustoßen. Nebenbei bemerkt: warum hatten es denn die Spartakisten nicht nötig, über ihre Forderungen Verhandlungen anzuknüpfen, bevor sie den Generalstreik proklamierten?! Der Beschluß des Generalstreiks ist sozusagen hinter verschlossenen Türen von einer ziemlich willkürlich zusammengebrachten Schar angeblicher Vertrauensleute gefaßt worden. Diese haben es nicht im mindesten für notwendig erachtet, wegen ihrer Forderungen, sei es an die Werkbesitzer, sei es an die Regierung heranzutreten, sondern haben, unbekümmert um die Folgen, frisch drauflos den Generalstreik proklamiert. Die Freiheit weiß sehr genau, daß nicht die Regierung eine Gegnerin von Verhandlungen ist, sondern daß es ihre spartakistischen Freunde sind,

die keine Verhandlungen wollen,

die überall angesponnene Verhandlungen zu zerreißen, ihre Resultate zu vernichten bemüht sind. Auch die Freiheit weiß sehr genau, daß die Wiedereinführung des Belagerungszustandes zuerst von ihren spartakistischen Freunden praktiziert wurde, die überall dort, wo sie für fünf Minuten zur Herrschaft kommen, schon den Belagerungszustand verhängen, und daß infolgedessen nur noch die Frage besteht, wer mit Hilfe des Belagerungszustandes regieren soll: Die von der demokratischen Volksvertretung eingesetzte rechtmäßige Regierung oder der Spartakusbund, nachdem er sich mit Gewalt der Herrschaft bemächtigt hat.

Die Unabhängigen behaupten, daß durch die Verhängung des Belagerungszustandes

die Arbeiterschaft nur aufgereizt

werde. In Wirklichkeit ist das gar nicht der Fall. In Halle z. B. war nach den wiederholten Plünderungen beim letzten Generalstreik die Verhängung des Belagerungszustandes nicht zu vermeiden, ohne sie hätte nicht erreicht werden können, daß das Leben wieder seinen geregelten Verlauf nimmt und daß Leben, Sicherheit und Eigentum des Einzelnen wieder gewahrt war.

Gewiß ist es im hohen Grade beschämend, daß einzelne Teile Deutschlands nach der Revolution ohne Belagerungszustand nicht regiert werden können. Aber die Schande trifft nicht diejenigen, die mit allen Schikanen zur Verhängung dieser Maßnahmen gezwungen worden sind, sondern diejenigen,

die sie dazu gezwungen haben.

Und wenn überall der Wunsch besteht, es möchte diesem elenden Zustand so rasch wie möglich ein Ende bereitet werden, so muß er sich an die Adresse derjenigen wenden, **die in Wahrheit an ihm schuld sind.** Würde die Ordnung der Demokratie von allen Seiten als die gegebene und berechtigte anerkannt werden, würden die Versuche, sie gewaltsam umzustürzen ausbleiben, so wäre die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes dort, wo er besteht, keinen Tag länger zu rechtfertigen.

Die Regierung muß sich allerdings dessen bewußt sein, wie sich die sozialdemokratische Partei dessen bewußt ist, daß der Belagerungszustand zwar als Hilfsmittel in verzweifelten Situationen zum Schutz der Bevölkerung nicht entbehrt werden kann, daß er aber niemals ein Mittel werden darf, um die Regierung gegen den erklärten Volkswillen zu schützen. Es ist die Aufgabe der Regierung, die Massen davon zu überzeugen, daß es ihr mit einer

gründlichen Neuordnung aller politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse

ernst ist. Nur so kann der Kurs der Regierungspolitik vor heftigen neuen Schwankungen bewahrt werden. Die Sozialdemokraten sitzen nun schon bald ein halbes Jahr mit in der Regierung, und niemand zweifelt daran, daß die schwierigen Probleme dieser Zeit anders als unter ihrer Führung überhaupt nicht gelöst werden können. Notwendig aber ist es, in den Massen das Gefühl zu erhalten, daß sich diese Führung auf der Bahn des Fortschritts zu den Zielen des Sozialismus bewegt. Dann wird auch der Belagerungszustand nichts anderes als ein flüchtiger Schatten gewesen sein.

Die Streiklage.

Berlin, 3. April. Aus dem Ruhrrevier wird über teilweise Beschäftigung der Streiklage und teilweises Abflauen berichtet. Nach einer Meldung des „Vorwärts" aus Bochum über die Zahl der streikenden Bergarbeiter sei dieselbe zurückgegangen. Auf vielen Zechen werde schon wieder gearbeitet, nur dort, wo die Spartakisten die Oberhand hätten, werde noch gestreikt.

Essen, 2. April. Es ist darüber kein Zweifel, daß von einem Generalstreik nicht die Rede sein kann. In der heutigen Frühschicht hat die Zahl der Ausständigen etwa 110 000 betragen. Da sich die Ziffer der Frühschicht regelrecht auf 215 000 bis 220 000 Mann stellt, so wird etwa die Hälfte der Belegschaften sich im Ausstand befinden. Genaue Zahlen können infolge mangelhafter telephonischer Verbindung mit einem Teil der Zechen nicht festgestellt werden.

Stuttgart. Der Stand des Generalstreiks in Stuttgart ist der gleiche wie am Vortage. Es kam zu Zusammenstößen. Die Regierung, gegen die sich der Streik richtet, ist nach Berichten vollkommen Herr der Lage. Der Bahnverkehr mit Stuttgart ist unterbrochen. Es sind Bestrebungen im Gange, den Generalstreik auf ganz Württemberg auszudehnen.

Mannheim. Die hiesigen Kommunisten propagieren den Generalstreik für kommenden Montag für Mannheim und ganz Baden.

Berlin, 2. April. Die technischen und kaufmännischen Angestellten in der Berliner Metallindustrie sind wegen durchaus berechtigter rein wirtschaftlicher Forderungen in den Ausstand getreten. Die Zahl der Streikenden, unter denen sich alle Angestelltenkategorien befinden, Oberingenieure, Ingenieure, Techniker, Zeichner, Werkmeister und Expedienten, Lohnschreiber und Stenotypistinnen, beläuft sich nach einer ungefähren Schätzung auf 30 000. Die weitaus überwiegende Mehrheit der Angestellten in den Betrieben hat sich in geheimer Abstimmung für Arbeitseinstellung ausgesprochen. Laut „Voss. Ztg." begann heute im Reichsarbeitsamt eine Einigungsaktion der Regierung, die in dem Streik in der Metallindustrie zwischen den Parteien zu vermitteln sucht. Die Verhandlungen sind noch im Gange.

Mülheim (Ruhr), 2. April. Bei der Firma Thyssen und Co. sind die gesamten Angestellten, nachdem die Firma Gehaltsforderungen abgelehnt hat, heute vormittags in den Ausstand getreten. Die Arbeiterschaft übt passive Resistenz. Das ganze Werk wurde stillgelegt.

Arbeiter, Augen auf!

Ein Arbeiter schreibt uns:

„Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volks, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen."

Jeder echte und wahre Sozialist wird den angeführten Sätzen seine freudige Zustimmung geben und sie ohne weiteres zu seinem Programm machen können. Nun will es aber die bittere Ironie, daß diese Sätze dem Aktionsprogramm der Spartakisten und Kommunisten entnommen sind. Wie sieht es in Wirklichkeit aus?

Wer bediente sich in den vergangenen Wochen in gemeinster Weise des Terrors, um die Arbeiter in den Generalstreik zu hetzen, und wer vergewaltigte die nichtspartakistische Presse? **Die Spartakisten und Kommunisten.**

Wer bereitete den Mord an den Münchner Mehrheitssozialisten Auer u. a. vor und schützte den Mörder vor der gerichtlichen Verfolgung? **Die Spartakisten und Kommunisten.**

Wer versuchte und versucht noch dauernd, mit einer Minderheit der Mehrheit des deutschen Proletariats ihre Wahnideen aufzuoktroyieren? **Die Spartakisten und Kommunisten.**

Wer lehnt es laut Programm ab, mit Handlungen der Bourgeoisie zu arbeiten, bereitet aber durch die Tat der bürgerlichen Gegenrevolution den Boden und dem Sozialismus den Untergang? **Die Spartakisten und Kommunisten.**

Arbeiter und Arbeiterinnen! Seht euch das Programm des Spartakusbundes und das Vorgehen seiner Anhänger an. Ihr müßt dann zu der Überzeugung kommen, daß es diesen Leuten nicht darauf ankommt, gemäß ihrem Programm friedlich auf ihre Ziele zu wirken, sondern daß sie nur mit Gewalt und Terrorismus ihren Kopf durchsetzen wollen, weil es die vernünftig denkende Arbeiterschaft ablehnt, ihnen und ihren die deutsche Wirtschaft und Freiheit vernichtenden Plänen Gefolgschaft und Unterstützung zu leisten. G. N.

Die Schuld.

Wodurch ist es in Halle, Berlin, Bremen, im Ruhrrevier zu Blutvergießen gekommen? Nach der unabhängigen Presse lediglich durch das Einrücken der Regierungstruppen. Wenn aber schon vor den Einrücken der Regierungstruppen Opfer gefallen sind, woran lag das? Nach der unabhängigen Presse lediglich an der Brutalität und Dummheit der regierungssozialistischen Machthaber.

Jetzt aber Frankfurt a. M.! Dort ist Polizeipräsident der Genosse Dr. Sinzheimer, ein begeisterter Anhänger des Rätegedankens und geschworener Feind des alten Militärsystems. Der Schutz der Stadt lag in den Händen revolutionärer Matrosen und organisierter Arbeiter. Und was hat sich trotzdem dort abgespielt? Ein hungriger zügelloser Volkshaufe ist über die Sicherheitsmannschaften hergefallen, hat die Polizeiwachen gestürmt, und alle Geschäfte am Zeil, sowie große Hotels vollständig ausgeplündert. Einzelne Angehörige der revolutionären Sicherheitswehr wurden verfolgt und mißhandelt, ein seit wenigen Tagen verheirateter junger Mann in den Main geworfen und dort ertränkt. Um einigermaßen Ordnung zu schaffen, mußten die Sicherheitsmannschaften von der Waffe Gebrauch machen, und die Stadtverwaltung mußte eine Art Belagerungszustand verhängen. 11 Tote, 4 Mannschaften und 7 Zivilisten sind in den Kämpfen geblieben.

Nach der vierjährigen Kriegsverrohung gibt es unter den jetzigen elenden sozialen Zuständen überall Elemente, die zu Ausschreitungen geneigt sind. Auch wo Unabhängige und Kommunisten nicht dieses Gesindel absichtlich vorschicken, ereignen sich Ausschreitungen. Wo diese aber da planmäßig organisiert werden, muß jede Regierung von der Waffe Gebrauch machen. Die Vorwürfe der Unabhängigen gegen die Regierung, die deswegen erhoben werden, sind unwahr und heuchlerisch.

Eine Niederlage Frankreichs auf der Friedenskonferenz?

Aus der Schweiz wird gemeldet: Man weiß in Paris, daß man die eigenmächtige Haltung nicht mehr lange aufrechterhalten kann, weil sowohl der amerikanische Präsident als auch der englische Ministerpräsident der französischen Regierung bedeutet haben, daß der Friede mit oder ohne Frankreich beschleunigt werden muß und daß alle jene übertriebenen Forderungen Frankreichs, vor allem die Forderung auf das deutsche Saargebiet, nicht berücksichtigt werden können. Was insbesondere das Saargebiet anbelangt, so ist sowohl Wilson wie Lloyd George entschlossen, das Land deutsch zu lassen. Die Frage der Kriegsentschädigung wird, wie ebenfalls

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190403-17/fragment/page=0001

von informierter französischer Seite erklärt wird, revidiert werden. Der Betrag von 30 Milliarden Dollar, der ursprünglich als Entschädigung durch Deutschland festgesetzt wurde, soll erheblich reduziert werden.

Eine andere Meldung aus München besagt dagegen, daß die französische Meinung geäußert habe und daß das Saarbecken auf 50 Jahre an Frankreich zur Ausbeutung ausgeliefert werden soll.

Danzig.

Aus Paris wird gemeldet, daß die Entente fest entschlossen sei, ihren Willen bezüglich Danzigs durchzusetzen. — Gestern fanden in Weimar wiederum Besprechungen zwischen dem Kabinett und den Parteiführern wegen der Danziger Frage statt. — Reichsminister Erzberger ist gestern gegen 5 Uhr nachmittags in Spa eingetroffen. Marschall Foch wird heute früh eintreffen. Die Verhandlungen über die Frage der Landung polnischer Truppen in Danzig beginnen Donnerstag früh 10 Uhr.

Die Sozialisierung in Bayern.

Die Fränkische Tagespost gibt folgende Darstellung über das bayerische Sozialisierungsprogramm:

Die bayerische Regierung hat kraft der ihr vom Volke übertragenen Gewalt die Vollsozialisierung Bayerns nach den Grundsätzen des Entwurfs Kranold-Neurath-Schumann in Angriff genommen. Sie hat, nachdem der Sozialisierungs-Ausschuß des Landtags auf Grund der Darlegungen von Dr. Otto Neurath einstimmig die Pläne nach längerer Aussprache gebilligt hat, im Einklang mit den einstimmig geäußerten Wünschen des Zentralrats, die sofortige Aufstellung eines Zentralwirtschaftsamts verfügt und für die Leitung dieses Amtes Dr. Otto Neurath in Aussicht genommen, der zur Vorbereitung und Verwirklichung des Sozialismus, Kommunismus und Solidarismus mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet wird.

Im Landtag beschäftigte sich der Ausschuß in seiner Dienstagsitzung mit der Sozialisierungsfrage. Es wurde einstimmig ein Kompromißantrag Simon-Schlittenbauer angenommen, der verlangt:

1. Es wird ein Zentralwirtschaftsamt für die Durchführung der Sozialisierung beim Ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie sofort geschaffen;
2. die Organisation dieses Amts wird vom zuständigen Ministerium sofort durchgeführt;
3. das Amt hat sofort diejenigen Betriebe zu gemeinnütziger Arbeit zu vereinigen, die der Erzeugung von Wohnung und Kleidung dienen und die Erzeugung der Ernährung planmäßig zu gestalten;
4. sofortige Anregungen an die Reichsregierung zu geben, daß die Erzeugung in den notwendigsten Lebensbedarfsmitteln so erhöht wird, daß ein gewisses Minimum der Lebenshaltung sichergestellt wird.

Auf die Aufforderung des Münchner Zentralrats an die sächsische Regierung bezüglich einer Besprechung zwischen Bayern und Sachsen über die Sozialisierung, ist vom sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer eine Antwort eingegangen. Bei der Bedeutung der Sozialisierungsfrage will die sächsische Regierung keine beachtenswerte Gelegenheit zur Aussprache und zur Förderung der Angelegenheit auslassen. Als maßgebend und verbindlich können aber nur Verhandlungen zwischen den Regierungen erachtet werden.

Die neue Geschäftsordnung der preußischen Landesversammlung.

Die preußische Landesversammlung ist im Begriffe, sich eine neue, den völlig veränderten Verhältnissen entsprechende Geschäftsordnung zu schaffen. Mit der Ausarbeitung dieser neuen Geschäftsordnung ist Direktor Geheimrat Plate vom Präsidenten und Ältestenausschuß betraut worden.

Nach dem uns vorliegenden Entwurf wird der ganz bedeutsamen Stellung des Präsidenten, der ja jetzt die Regierung beruft, Rechnung getragen. Hervorgehoben mag auch werden, daß die Schlußabstimmung zeitlich von der dritten Beratung abgetrennt werden soll, da die Korrektur durch das nicht mehr bestehende zweite Haus weggefallen ist. Ferner ist versucht worden, eine noch bessere Wahrung der Redefreiheit und eine Verstärkung der Rechte der Minderheit durchzuführen. Nebenher geht aber eine Entlastung der Vollsitzungen, namentlich dadurch, daß die schriftliche Berichterstattung über Ausschußverhandlungen und Anträge mehr als bisher in den Vordergrund tritt und die mündliche Berichterstattung nur in Ausnahmefällen erfolgen soll.

Der Geschäftsordnungsausschuß der Landesversammlung wird sich bereits in einer Sitzung am 8. April mit dem Entwurf beschäftigen und die Landesversammlung dürfte sich schon in der Tagung unmittelbar nach Ostern die neue Geschäftsordnung geben.

Keinen Religionsunterricht mehr in thüringischen Staaten.

Zur Beseitigung des Religionsunterrichts in den Volksschulen wurden von den Staatsregierungen in Weimar und Gotha erfreuliche Schritte unternommen. In S.-Gotha wird das Volksschulgesetz vom 1. April an geändert. Auf Antrag der Erziehungspflichtigen sind die Schüler vom Religionsunterricht zu befreien. Die Erteilung des Religionsunterrichts ist von da ab für die Lehrkräfte freiwillig. Ferner unterstehen auch alle Privatschulen der Staatsaufsicht, sie sind wie Staatsschulen zu behandeln und es müssen von ihnen auch die staatlichen Gehaltssätze bezahlt werden. — Im Freistaat S.-Weimar steht der kirchlichen Behörde ein Recht der Mitwirkung in der Schule und eine Überwachung des Religionsunterrichtes nicht mehr zu. Die Verpflichtung des Lehrers zur Verrichtung kirchlicher Dienste fällt weg. Aus den Besoldungstabellen der Lehrer ist alles auszuscheiden, das kirchlichen Ursprungs ist und den Kirchenkassen zu überweisen. Die Lehrer brauchen keinen Religionsunterricht mehr zu erteilen. In Volksschulen und pflichtmäßigen Fortbildungsschulen darf Schulgeld nicht mehr erhoben werden. Die Frage der Kosten über die Schullasten wird durch Staatsgesetz geregelt. Ein Unterschied zwischen erster und zweiter Bürgerschule darf von Ostern 1919 ab nicht mehr gemacht werden, es gibt nur noch Volksschulen, und der Abbau der Vorschulen hat zu erfolgen.

Unabhängiges Durcheinander.

Immerwährend haben die Unabhängigen zu beweisen gesucht, daß kein Grenzschutz nötig sei. Am 27. März 1919 hat aber nun der Abgeordnete Haase in der Nationalversammlung gesagt: „Es versteht sich von selbst, daß die Grenze geschützt werden muß. . . .“ Das sind natürlich beileibe keine Gegensätze.

Am 25. März wurden eine Anzahl Kleine Anfragen in der Nationalversammlung verhandelt, darunter eine Anfrage von Hugo Haase, deren Sinn kurz folgender ist: „Auf welche gesetzliche Grundlage stützt sich die Regierung, als sie die Zeitungen Freiheit und Republik in Berlin verbot.“

Herr Haase weiß ganz genau, daß seine Parteigenossen in Halle alle Zeitungen am Erscheinen hinderten, daß seine Parteigenossen in Leipzig 10 Tage lang sämtliche gegnerische Zeitungen verboten, aber das findet er in der Ordnung, während dieselbe Handlung der Regierung in Berlin ein politisches Verbrechen ist.

Das ist nur einiges von dem Durcheinander bei den Unabhängigen, das sich an Beispielen ins Unendliche ergänzen ließe.

Die „Brüder“.

Im Arbeiterrat Groß-Berlin haben die Kommunisten erklärt, sie könnten nicht für die Unabhängigen stimmen, weil diese kein Haar besser wären als die Scheidemänner. In der Tat muß man den Haupthähnen der Unabhängigen, den Haase, Rosenfeld und Cohn, wenn sie über die Schlappheit, Prinzipienlosigkeit, Feigheit und Verräterei der Mehrheitssozialisten zetern, immer wieder entgegen halten, daß sie von den Kommunisten mit genau denselben Liebenswürdigkeiten bedacht werden. Wenn auch die „Freiheit“ sich gegen alle diese Vorwürfe tot stellt, so werden doch die unabhängigen Arbeiter daraus lernen, wie wenig mit solchen Schimpfereien bewiesen wird.

Ende Januar hat sich Lenin, das Haupt der russischen Sowjetrepublik, in einem offenen Schreiben an die Arbeiter Europas und Amerikas gewandt. Er gibt darin seiner Befriedigung über die raschen Fortschritte des Kommunismus und der Weltrevolution Ausdruck, brandmarkt aber die Unabhängigen als schwere Hindernisse auf dem Wege zur Weltrevolution. „Leute ohne Ideen, ohne Charakter, ohne Politik, ohne Gewissen, die lebende Verkörperung einer philiströsen Haltlosigkeit, die in Worten für die sozialistische Revolution stehen, in Wirklichkeit aber, als diese Revolution anfing, unfähig waren, sie zu begreifen und nunmehr nach Renegatenart die „Demokratie“ über was dasselbe ist, die Bourgeoisie stützen.“ So Lenin über die Unabhängigen.

Der russische Oberkommunist macht sich dann über die Forderung der Unabhängigen nach restloser gerichtlicher Klarstellung der vorgekommenen Mordtaten lustig: „Diese Helden eines philiströsen Stumpfsinnes und einer kleinbürgerlichen Feigheit können nicht einmal das begreifen, daß ein Gericht ein Organ der Staatsgewalt ist, und daß der Bürgerkrieg in Deutschland eben darum geht, wer diese Staatsgewalt in seinen Händen behalten soll.“

Also, Narren, stumpfsinnige Philister, bürgerliche Feiglinge sind die Unabhängigen dem Spartakistenpapst Lenin. Während sie sich mit der revolutionären Löwenhaut drapieren, konterfeit sie der Mann, den sie selbst als Säulenheiligen der Revolution aufgerichtet haben, als echte und rechte Esel ab. Zu wehren werden sich die Unabhängigen wohl nicht wagen. Aber vielleicht rücken sie morgen vor lauter Angst wieder ein Stück weiter nach links. An Achtung vor sich selbst und Achtung bei den anderen werden sie dabei nichts gewinnen, aber vielleicht lassen sich noch ein paar Mandate ergattern — und das ist schließlich für die „revolutionären“ Unabhängigen die Hauptsache.

Lebensmittelbankerott.

Der Direktor des Lebensmittelamtes, Dr. Schmude in Frankfurt a. M., gab in der Stadtverordnetenversammlung nach der „B. J.“ Aufsehenerregende Mitteilungen über den Stand der Lebensmittelversorgung. Die Rationen könnten nicht mehr aufrecht erhalten werden. Die Reichsregierung habe in der Ernährungsfrage va banque gespielt. Eine Herabsetzung der Rationen sei nur aus Furcht vor Tumulten nicht erfolgt. Die süddeutschen Bundesbrüder streikten einfach und hätten ihre Viehlieferungen eingestellt.

Ein Mißverständnis.

Einer Verfügung des preußischen Ministers des Innern vom 18. März über die Aufstellung von Einwohnerwehren waren Richtlinien zur Aufstellung eines Landschutzes als Anlage beigefügt, die der Schutzverband der Deutschen Landwirtschaft aufgestellt hatte. Diese Richtlinien des agrarischen Verbandes sind vielfach irrtümlich als Verordnung des preußischen Ministers des Innern aufgefaßt worden. Der neue preußische Minister des Innern, Genosse Heine, hat dieses Mißverständnis jetzt durch eine Zirkularnote aufgeklärt.

Eine Sympathiekundgebung für unsere Kriegsgefangenen.

„Die aus allen Gauen Deutschlands von den Vertretern von über 150 000 Mitgliedern beschickte Konferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen spricht den noch in fremder Gefangenschaft schmachtenden Kameraden und ihren Familien wärmste Sympathie aus. Sie fordert die Regierung auf, mit größerer Entschiedenheit als bisher von der Entente die unverzügliche Herausgabe der Gefangenen und Internierten zu verlangen und ferner die aus der Gefangenschaft Zurückkehrenden nach Kräften vor Not zu schützen und bei der Wiederaufrichtung ihrer Existenz zu unterstützen.“

Kurze Notizen.

Reichseisenbahnen. Wie verlautet, sollen alle Verträge zwischen Einzelstaaten und Reich über die Uebernahme der einzelstaatlichen Eisenbahnbetriebe in den Reichsbetrieb bis zum 1. Oktober 1920 fertiggestellt sein. Am 1. April 1921 soll dann der gesamte technische Apparat und die Verwaltung vom Reich übernommen werden und die Reichseisenbahnbehörde in Funktion treten.

Volksstaat Ostthüringen. Die beiden Fürstentümer Reuß haben sich verschmolzen und nennen sich jetzt Volksstaat Ostthüringen. Hauptstadt ist Gera.

Heringe in Unmengen — so berichtet das Berliner Tagebl. — lagern in Norwegen für Deutschland und werden jetzt abtransportiert. Die Bolschaft — —

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs. Die gemischten Kommissionen werden zur Beratung der Anschlußfragen Ende dieser Woche oder Anfang nächster Woche zusammentreten.

Die Lage in Deutsch-Oesterreich. Wie die P. P. N. aus Wien erfahren, ist in Deutsch-Oesterreich alles ruhig. Trotz der starken kommunistischen Agitation ist an eine Einführung der Räterepublik gar nicht zu denken.

Die Geschichte zweier Städte.

(31) Roman von Charles Dickens.

Essenszeit kam und immer noch keine Hunderte von Leuten. Es war ein schwüler Tag, und nach dem Essen schlug Lucie vor, den Wein hinaus unter die Platane zu tragen und dort im Freien zu sitzen. Da sich alles um sie drehte und bewegte, gingen sie hinaus unter die Platane und sie trug den Wein zum besonderen Besten Mr. Lorrys hinunter. Sie hatte sich seit einiger Zeit zu Mr. Lorrys Mundschenk gemacht, und während sie unter der Platane saßen und miteinander plauderten, sorgte sie dafür, daß sein Glas beständig voll war. Geheimnisvolle Rückseiten und Enden von Häusern lugten herein, während sie plauderten, und die Platane über ihren Häuptern flüsterte ihnen in ihrer eigenen Weise zu.

Aber die Hunderte von Leuten stellten sich immer noch nicht ein. Mr. Darnay erschien, während sie unter der Platane saßen, aber das war nur einer.

Dr. Manette empfing ihn freundlich, und das tat auch Lucie. Aber Miß Proß ward plötzlich von einem Zucken in ihrem Gesicht und ihrem Körper befallen und zog sich in das Haus zurück. Sie war nicht selten ein Opfer dieses Leidens, das sie im vertrauten Gespräch ihre Laune nannte.

Sie hatten den ganzen Tag über vielerlei Gegenstände und mit ungewöhnlicher Lebhaftigkeit gesprochen.

Es wurde Teezeit, und Miß Proß bereitete den Tee mit einem arbern Anfall ihrer Laune, aber immer noch waren nicht Hunderte von Leuten da. Mr. Carton hatte sich eingefunden, aber nun waren es nur zwei.

Die Nacht war so drückend schwül, daß die Wärme lästig wurde, obgleich sie bei offenen Türen und Fenstern saßen. Als sie mit dem Tee fertig waren, rückten sie alle an eins der Fenster heran und sahen hinaus in die trübe Dämmerung. Lucie saß neben ihrem Vater, Darnay saß neben ihr, Carton lehnte an einem Fenster. Die Vorhänge waren weiß und lang und die Windstöße, die in dem Winkel wirbelten, machten sie bis zur Decke hinauf fliegen und bewegten sie wie Gespensterflügel.

„Der Regen fällt immer noch in großen, schweren und seltenen Tropfen“, sagte Dr. Manette. „Es kommt langsam.“

„Es kommt sicher“, sagte Carton.

Sie sprachen leise, wie es Leute meistens tun, die auf etwas mit Spannung warten, wie Leute immer tun, die in einem dunklen Zimmer auf den Blitz warten.

Auf den Straßen war großes Laufen der Menschen, die nach Hause eilten, um ein Obdach zu haben, ehe das Gewitter losbrach; der Winkel mit dem wunderbaren Echos hallte wider von dem Schalle kommender und gehender Schritte, aber niemand kam.

„Eine Anzahl Leute und doch eine Einsamkeit!“ sagte Darnay, als sie eine Weile gelauscht hatten.

„Macht es nicht einen ähnlichen Eindruck, Mr. Darnay?“ äußerte Lucie. „Manchmal habe ich hier abends gesessen, bis es mir vorgekommen ist — aber selbst bei dem blassen Schatten einer törichten Einbildung wird es mir heute, wo alles so schwarz und feierlich ist, schauerlicher zumute —“

„Lassen Sie es uns auch schauerlich werden. Sie dürfen doch sagen, was es ist?“

„Sie werden es für ein Nichts halten. Solche Einfälle machen nur auf den Eindruck, dem sie zuerst kommen, glaube ich; sie lassen sich nicht mitteilen. Ich habe manchmal des Abends hier allein gesessen und gelauscht, bis es mir klar war, daß die Echos nur der Widerhall aller Schritte aller Menschen wären, die auf unser Leben Einfluß haben würden.“

„Wenn dem so ist,“ warf Sidney Carton in seiner gleichgültig mürrischen Weise ein, „so werden wir es einmal mit einer großen Menge zu tun haben.“

Die Schritte hörten nicht auf und wurden immer rascher und rascher. Der Winkel hallte von ihrem Schalle wider; einige, wie es schien in der Ferne, einige, wie es schien, in dem Zimmer; einige kamen, andere gingen einige wurden unterbrochen, andere standen ganz still; alle aber in entfernteren Straßen und kein einziger im Bereich des Auges.

„Sind alle Schritte bestimmt, zu jedem von uns zu kommen, Miß Manette, oder haben sie unter uns zu teilen?“

„Das weiß ich nicht, Mr. Darnay, ich sagte Ihnen gleich, es sei eine törichte Einbildung, aber Sie verlangten es zu wissen. So oft ich mich ihrem Eindrucke hingegeben habe, war ich allein, und dann habe ich mir eingebildet, es wären die Schritte der Leute, die auf mein Leben und auf das meines Vaters Einfluß haben würden.“

„Sie mögen nur zu mir kommen,“ sagte Carton. „Ich lege ihnen keine Fragen vor und stelle keine Bedingungen. Ein großer Menschenhaufe wälzt sich auf uns zu, Miß Manette und ich sehe — beim Blitz!“ Er setzte die letzten Worte hinzu, nachdem ein heller Strahl vom Himmel heruntergeschossen war, der ihn, am Fenster lehnend, sehen ließ.

„Und ich höre ihn!“ setzte er hinzu, nachdem ein Donnerschlag verhallt war. „Sie kommen in Hast, voll Wildheit und Wut!“

Es war das laute Niederrauschen des Platzregens, das er damit bildlich darstellte, und es unterbrach ihn, denn es übertönte jede Stimme. Ein heftiges Unwetter brach mit diesem Regenguß aus, und Donner und Blitz und Regen tonnten keinen Augenblick Unterbrechung, bis der Mond um Mitternacht aufgegangen war.

Die große Glocke der St. Paulskirche dröhnte eins durch die kühl und hell gewordene Luft, als Mr Lorry, geleitet von Jerry in hohen Stiefeln und mit einer Laterne versehen, den Rückweg nach Clerkenwell antrat. Es gab einsame Stellen auf dem Wege zwischen Soho und Clerkenwell, und Mr. Lorry, ihrer Unsicherheit eingedenk, hatte Jerry für diese Begleitung regelmäßig in Dienst genommen, obgleich dieser Dienst gewöhnlich zwei gute Stunden früher geleistet wurde.

„Was das für eine Nacht war, Jerry! Fast eine Nacht,“ sagte Mr. Lorry, „um die Toten aus ihren Gräbern aufstehen zu machen.“

„Ich habe nie 'was mit der Nacht zu schaffen, Master — und hoffe es auch in der Zukunft nicht — sie geht mich nichts an“, gab Jerry zur Antwort.

„Gute Nacht, Mr. Carton!“ sagte der Buchhalter. „Gute Nacht, Mr. Darnay. Werden wir jemals eine solche Nacht zusammen durchleben?“

Vielleicht. Vielleicht, daß der große Menschenhaufe sich brausend und brüllend auch auf sie zuwälzt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190403-17/fragment/page=0002

Sozialismus und Bodenreform.

Ueber dieses Thema lesen wir in der Fränkischen Tagespost:

Eine sehr kluge Frau, die sich mit der Bodenreformbewegung schon intensiv beschäftigt hat, sagte mir vor einiger Zeit, sie verstehe nicht, worin der Unterschied zwischen der Bodenreformbewegung und dem Bodenprogramm der Sozialdemokraten bestehe; trotzdem würde häufig von bodenreformischer Seite das Vorhandensein eines solchen Unterschiedes stark betont. Da mir diese Frage schon wiederholt begegnet ist, so halte ich es für richtig, einmal zu ihr Stellung zu nehmen.

Der Sozialismus ist ohne Zweifel von der Bodenreformbewegung befruchtet worden und umgekehrt. Hier soll jedoch keine geschichtliche Untersuchung stattfinden, sondern es soll versucht werden, die Frage zu beantworten: was will letzten Endes die Bodenreform, was der Sozialismus im Hinblick auf die Bodenfrage?

Der Kernpunkt aller Bodenreformbewegung liegt darin, daß darauf hingearbeitet wird, allen Boden wieder zu dem zu machen, was er ursprünglich war: Gemeingut. Alles Privateigentum an Grund und Boden soll aufgehoben werden. Aller Boden soll vergesellschaftlicht werden. Die vorgeschlagenen Mittel und Wege zu dieser Vergesellschaftlichung mögen verschiedene sein — auch die Argumentation, warum und mit welchem Rechte diese Vergesellschaftlichung vor sich gehen soll, ist eine verschiedene —, das Ziel ist jedenfalls bei allen Bodenreformern diese Vergesellschaftlichung des Bodens.

Und der Sozialismus? Will er nicht das gleiche? Im Erfurter Programm wird deutlich ausgedrückt, daß Grund und Boden (ebenso wie alle anderen Produktionsmittel) in gesellschaftliches Eigentum verwandelt werden soll. Jeder Sozialist (er mag im übrigen das Erfurter Programm für so reformbedürftig halten, wie er will) ist mit diesem Programmpunkte einverstanden, sonst ist er eben kein Sozialist. Jeder Sozialist ist demnach von vornherein auch Bodenreformer.

Aber er ist nicht Nur bodenreformer. Denn wie Sozialisten sagen: so gut wir das Recht und die Pflicht haben, Grund und Boden zu vergesellschaftlichen, so weit dies im Allgemeininteresse liegt, ebensogut haben wir im Interesse der Allgemeinheit das Recht und die Pflicht, alle Produktionsmittel zu vergesellschaftlichen. Der Boden ist gar nichts anderes als jedes andere Produktionsmittel. Ja, es liegt für jeden Sozialisten auf der Hand, daß Grund und Boden, soweit es sich um Großgrundbesitz handelt, zu denjenigen Produktionsmitteln gehört, mit deren Sozialisierung der Anfang gemacht werden soll. Die sofortige Sozialisierung allen Grund und Bodens (wie sie ein Teil der Bodenreformer wünscht) lehnt der Sozialismus heute ab, aus dem gleichen Grunde, aus dem er die sofortige Sozialisierung aller Betriebe ablehnt. Die Sozialisten wollen nur jene Produktionsmittel vergesellschaftlichen, die dazu reif sind. Kleine und mittlere Bauernbetrie sind aber ebensowenig dazu reif wie kleine und mittlere Gewerbebetriebe.

Wie gesagt, jeder Sozialist ist auch Bodenreformer, und die Frage liegt nahe, ob nicht auch jeder Bodenreformer Sozialist ist. Viele Bodenreformer sind tatsächlich Sozialisten. Daneben bekennen sich aber sehr viele Leute zur Bodenreformbewegung und behaupten dabei, keine Sozialisten zu sein. Ja, es gibt sogar Bodenreformer, die sich als im Gegensatz zum Sozialismus stehend erachten und glauben, durch Bodenreform könne der Sozialismus bekämpft werden. Es soll hier vollständig davon abgesehen werden, die Berechtigung oder die Notwendigkeit einer Bodenreformbewegung als solcher neben der sozialistischen Bewegung in Vergangenheit und Gegenwart zu untersuchen. Hier scheint es nur am Platz, die Anhänger dieser Bewegung ernstlich zu fragen: müßt ihr, eben weil ihr Bodenreformer seid, nicht auch Sozialisten sein? Denkt doch nur einmal den Grundgedanken der Bodenreformbewegung zu Ende! Er lautet doch: wir haben das Recht, den Boden zu vergesellschaftlichen, soweit das im Allgemeininteresse nötig ist. Wir haben damit das Recht, in das Privateigentum des Einzelnen einzugreifen im Interesse der Gesamtheit. Und solchen Eingriff sollten wir nur hinsichtlich des Bodens ausführen können und dürfen?" Das wäre doch ein ganz einseitiger Standpunkt. Man muß also, um diese Einseitigkeit zu vermeiden, sich sagen: mit dem gleichen Rechte, mit dem wir in das Privateigentum am Boden eingreifen, enteignen wir alle Produktionsmittel. So muß jeder konsequente Bodenreformer notwendigerweise auch Sozialist sein.

Wer Gelegenheit hat, mit Großgrundbesitzern oder diesen nahestehenden Kreisen über das Thema der Sozialisierung zu sprechen, der wird die Erfahrung machen, daß man dort gar nicht so sehr vor einer etwaigen Sozialisierung von Produktionsmitteln der Großindustrie (Fabriken usw.) zurückschreckt; nur der Boden, dieser ihr „ureigenster" Besitz, dürfe nie und nimmer vergesellschaftlicht werden. Die Herrschaften sind da eben interessiert, und wo der Bourgeoisie Interessen beginnen, da hört nicht nur ihr Idealismus, sondern nicht selten auch ihre gesamte Wissenschaft auf. Marx spricht nicht umsonst von einer rein bürgerlichen Nationalökonomie.

Nun sind mir gerade in den letzten Monaten verschiedene Großindustrielle und diesen Gleichgesinnte begegnet, die, obwohl sie sich früher nicht im geringsten um sozialistische und bodenreformerische Ideale kümmerten, mit einem Male ihr Herz für das Elend der Massen entdeckt und sich der Bodenreformbewegung angeschlossen haben. Sozialisierung der im Privatbesitz (d. h. in ihrem eigenen Privatbesitz) befindlichen Fabriken usw. lehnen diese Herren in schärfster Weise ab, aber für eine Sozialisierung selbst allen im Privatbesitz (aber eben nicht in ihrem eigenen Privatbesitz) befindlichen Bodens sind sie seit dem 8. November 1918 sehr wohl zu haben.

Aus der Provinz.

An die Genossen des Wahlkreises Zeitz-Weißenfels-Naumburg!

Die für Sonntag, den 6. April einberufene Kreiskonferenz muß umständehalber verschoben werden. Tag und Ort, an dem die Konferenz stattfindet, wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Der Kreisvorstand. Weickardt.

Merseburg-Querfurt. Kreistag Sonntag, den 30. 3., eröffnet Gen. Bauer die Sitzung, zu der 61 Delegierte aus 15 Distrikten erschienen sind. Infolge der schlechten Verbindung konnten aus 7 Distrikten Delegierte nicht erscheinen. Im ganzen bestehen im Kreis 22 Ortsgruppen mit zirka 1200 Mitgliedern. Genosse Bauer gibt den Bericht der Kreisleitung. Er schildert, wie während des Krieges und der Abwesenheit fast aller Beteiligten die U. S. P. unter Mitnahme allen Parteimaterials die hiesige Bewegung zerschlug. Erst nach der Entlassung der Genossen vom Militär bei Eintritt der Revolution und während der Wahlkämpfe konnte der Neuaufbau der Organisation begonnen werden. In der Debatte waren sich alle Anwesenden darüber einig, daß unverzüglich ein Parteisekretär anzustellen sei. Die Genossen Bauer als Vorsitzender, Seebach als Kassierer und Müller als Schriftführer der Kreisleitung wurden wiedergewählt. Als Beisitzer die Genossen Behrendt-Querfurt, Frick-Freyburg, Oelsner-Schkeuditz, Frischkorn-Leunawerk, Schmidt-Beuchlitz und Vogt-Roßbach gewählt. Sodann spricht Genosse Müller-Kötzschen über die Stellungnahme unserer Gemeindevertreter in den Gemeinden und erläuterte das Kommunalprogramm unserer Partei. In der Debatte wird angeregt, eine Broschüre über unser Kommunalprogramm herauszugeben. Genosse Drescher-Halle will das veranlassen. Genosse Kämpf spricht dann über Organisation und Agitation. Er fordert alle Anwesenden zu tatkräftiger Unterstützung auf. Wo es noch nicht geschehen, seien Ortsvereine zu gründen, bei ihnen sollten 40 Proz. der vereinnahmten Beitragsgelder verbleiben, während 60 Proz an die Kreiskasse abzuführen sind. Ein diesbezüglicher Antrag wird angenommen. Sodann erfolgt ein Bericht über die Presse und wird allen zur Pflicht gemacht überall für das Parteiblatt zu wirken. Als Delegierter zum Parteitage wird Genosse Kämpf, Genosse Bauer als Stellvertreter gewählt. In Parteiangelegenheiten regt Gen. Krüger an, überall dahin zu wirken, den 1. Mai als Weltfeiertag zu feiern, was die begeisterte Zustimmung aller Anwesenden fand. Nach Erörterung weiterer Parteiangelegenheiten schloß Genosse Bauer die Sitzung.

Delitzsch. Eier-Verkauf. In der städtischen Verkaufsstelle Markt Nr. 7 gelangen auf Abschnitt Nr. 140 der Lebensmittelscheine je ein Ei zum Preise von 34 Pfg. zum Verkauf: Donnerstag, den 3., nachm. Nr 1—1000; Freitag, den 4., nachm. Nr. 1001—2000; Sonnabend, den 5., nachm. 2001—3000; Montag, den 7., nachm. Nr. 3001—4000; Dienstag, den 8., nachm. Nr. 4001 bis Schluß. Abgezähltes Geld ist unbedingt mitzubringen. Andere als die aufgerufenen Nummern werden an den einzelnen Abfertigungstagen nicht berücksichtigt. Hühnerhalter sind vom Bezug ausgeschlossen und wird jeder Mißbrauch bestraft. — Ab 1. April 1919 gelten folgende Kleinhandelspreise für Zucker für das Pfund: Gemahlenen Mehlis 51 Pfg., gemahlene Raffinade 56 Pfg., Würfelzucker 57 Pfg., Brotzucker 57 Pfg., Kandis farbig 64 Pfg., Kandis weiß mit Faden 65 Pfg., Kandis weiß (sog. Bonbon) ohne Faden 66 Pfg. Diese Preise erhöhen sich ab 1. Juli 1919 nochmals um 1 Pfg.

Naumburg. Bekanntmachungen. Die Reichsstelle für Schuhversorgung hat 10 Paar instandgesetzte Infanterie-Stiefel und 15 Paar Schnürschuhe für Landwirte und Landarbeiter des Stadtkreises Naumburg durch das Bekleidungs-Instandsetzungsamt 4. Armeekorps, überweisen lassen. Der Preis beträgt für ein Paar Stiefel 19,80 Mark, für ein Paar Schnürschuhe 16,50 Mark. Verkauf findet nur gegen Bezugsschein statt. — Auf Grund ministerieller Ermächtigung ordnet der Magistrat gemäß § 6 der Bekanntmachung des Reichskanzlers zum Schutze der Mieter vom 23. September 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1141) folgendes an: 1. Die Vermieter von Wohnräumen können ein Mietverhältnis rechtswirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Mieteinigungsamts kündigen. 2. Ein ohne Kündigung ablaufendes Mietsverhältnis gilt auf unbestimmte Zeit verlängert, wenn der Vermieter nicht vorher die Zustimmung des Mieteinigungsamtes zu dem Ablauf erwirkt hat. Das Einigungsamt kann bei der Entscheidung die Fortsetzung oder die Verlängerung des Mietverhältnisses jeweils bis zur Dauer eines Jahres bestimmen. Die Vorschrift des § 2, Abs. 2, der Mieter-Schutzverordnung findet Anwendung.

Naumburg. Maßregelungen, nichts als Maßregelungen. In letzter Zeit haben wir viel berichten können von Maßregelungen Andersgesinnter durch die Unabhängigen. Es gibt aber auch noch andere Leute, die den Unabhängigen damit Konkurrenz machen. Hier hat Herr Rechtsanwalt Bindewald einen Burovorsteher, der als Mehrheitssozialist in das Stadtverordnetenkollegium gewählt ist, vor die Alternative gestellt, entweder sein Stadtverordnetenmandat niederzulegen oder seine Stellung aufzugeben. Wäre der Bürovorsteher bürgerlicher Stadtverordneter, so hätte Herr Bindewald natürlich keinen Anstoß genommen, aber so ist er Sozialist und da glaubt man, wie in früheren Zeiten, den berühmten Schlag nach dem Magen führen und dadurch Gesinnungslumpen züchten zu können. Hoffentlich wird dem „fortschrittlichen" Rechtsanwalt recht klar plausibel gemacht, wie verächtlich sein Tun ist.

Naumburg. Große Lebensmittelschiebungen, bei denen Angehörige des hiesigen Bezirkskommandos beteiligt sind, wurden am vergangenen Freitag abend von der hiesigen Polizei aufgedeckt. Dem Vernehmen nach handelt es sich um große Mengen Mehl und Fleisch, die an erste Naumburger Lokale, in denen hauptsächlich das zahlungsfähige Bürgertum verkehrt, verschoben wurden. Ein noch besseres Absatzgebiet fanden die Betreffenden in den Kreisen, die von jeher für das „Durchhalten" eintraten. Es war eine Genugtuung für die darbende Bevölkerung, daß die Schieber sofort festgenommen wurden. Mit Befremden muß es aber nun jeden erfüllen, daß die beiden Hauptschieber schon nach eintägiger Haft freigelassen wurden, trotzdem umfangreiches Belastungsmaterial vorliegt. Wie ist das möglich? fragen wir Hier hat das Gericht sehr schnell gearbeitet. Es waren ja auch Schieber, die Verbindung mit den maßgebenden Kreisen hatten. In diesem Falle handelt es sich um Angehörige des Soldatenstandes und der Behörde wird und muß daran gelegen sein, baldigst volle Klarheit zu schaffen. Wir sind jedenfalls der Ansicht, daß alle Beteiligten rücksichtslos an den Pranger der Oeffentlichkeit gehören. Wenn in Zeiten so großer gemeinsamer Not, wo die Kinder und alten Leute der armen Schichten an chronischer Unterernährung zugrunde gehen, solche unerhörte Schiebereien vorkommen, muß mit aller Schärfe gegen die Schuldigen vorgegangen werden. Wir fordern deshalb: **Heraus mit den Tatsachen! An den Pranger die Schieber und Schuldigen!**

Naumburg. Folgender Protest geht uns zu: Durch die Zeitungen geht ein Vorschlag französischer Kunstgelehrter, der darauf abzielt, als Ersatz für zerstörte Kunstwerke im französischen Kriegsgebiet deutsche Kunstwerte von entsprechendem Werte nach Frankreich zu schaffen. Unter anderen werden als Ersatz für die zerstörten Figuren an der Kathedrale zu Reims auch die frühgotischen Stifterfiguren unseres Naumburger Domes genannt. Die Zerstörung der Kathedrale in Reims war eine schmerzliche Folge des Krieges und ist durch die kriegerischen Maßnahmen der Ententeheere selbst veranlaßt worden. Eine unerhörte Vergewaltigung wäre es dagegen, ohne Not kostbare Kunstwerke nur aus dem Gefühle der Rache heraus zu rauben. Der Gedanke, gerade die Naumburger Figuren von ihrem Standorte zu entfernen, kann nur rohesten Rachegelüsten barbarischer Unkultur entspringen, da sie engverwachsen mit der Architektur des Bauwertes sind, von der sie nicht nur gedanklich, sondern auch stofflich einen untrennbaren Bestandteil bilden. Denn die Werkstücke, aus denen die Figuren gearbeitet sind, bilden gleichzeitig einen Teil der Wandarchitektur Löst man sie von dieser los, so bedeuten sie nichts mehr, ebenso wie das Bauwerk nichts mehr bedeuten würde. Man würde also ein Kunstwerk, wie es einzig dasteht auf der Welt, zerschlagen und zerstören, ohne daß die Räuber, die doch nur ein Bruchstück des ganzen Werkes fortbringen könnten, wirklichen Nutzen von ihrer schändlichen Tat haben würden. Im Namen der ewig gültigen Kunst, die weit erhaben ist über den politischen Völkerstreit der Gegenwart, erheben die gesamte Bürgerschaft, Magistrat und Stadtverordnete von Naumburg aufs aller entschiedenste Einspruch gegen den barbarischen Plan dieses Kunstraubes.

Artern. Arbeiter-Sängerchor. Ein Wohltätigkeitskonzert zur Stärkung des Fonds der Kriegsgefangenen veranstaltete am 27. März der hiesige Arbeiter-Sängerchor im Goethehaussaale, das sich eines zahlreichen Besuches erfreuen konnte. Die Darbietungen verdienen uneingeschränktes Lob, sie gingen weit über Durchschnittsleistungen hinaus. Der einzig-schöne Zandersche Chorsatz „Tanz und Gesang" packte derart, daß er noch einmal gesungen werden mußte. Dies festzustellen freut uns um so mehr, als der Chor damit bewiesen hat, daß auch in unserer Arbeiterschar seelische Kräfte schlummern, die geweckt und gepflegt, jedem köstliche Stunden des Genusses und der Erbauung verschaffen können. Erhöht wird ihr Wert durch die selbstlose Hingabe in den Dienst einer edlen Sache, wie sie die Fürsorge für unsere notleidenden Brüder darstellt. Der gewiß erfreuliche finanzielle Erfolg des genußreichen Abends von 302 Mark hat allerseits den Wunsch eines öfteren Hervortretens zu gemeinnützigen Zwecken rege gemacht.

Elsterwerda. Bei den vergangenen Gemeindewahlen hat sich recht deutlich gezeigt — und die kommenden Kreistagswahlen werden es von neuem zeigen —, wie notwendig es ist, daß unsere Genossen sich auch auf dem Lande politisch organisieren, sich zu örtlichen Parteivereinen zusammenschließen, oder, wo das nicht möglich ist, doch wenigstens als Einzelmitglieder den nächsten Parteivereinen beitreten. Der Mangel an organisierten Mitgliedern hat uns in den meisten Orten der Umgebung gehindert, mit eigenen Kandidaten an den Gemeindewahlen teilzunehmen, so in den direkt an Elsterwerda anstoßenden Landgemeinden Biehla und Kraupschütz. Gewiß sind trotzdem da und dort unorganisierte Parteigenossen in die Gemeindevertretungen hineingewählt worden — aber die Betreffenden sind dann doch nicht als unsere Parteigenossen und auf Grund unseres Gemeindeprogramms gewählt. Wo wir uns in der Umgebung an den Gemeindewahlen beteiligen konnten, haben wir aber überall Erfolge zu verzeichnen gehabt. So wurde im anstoßenden Kotzschka, wo wir mit den Unabhängigen zusammengingen, von unserer Seite der Genosse Lehrer Wehner zum Gemeindeverordneten gewählt. In Hohnleipisch brachte unser erst kurz vor der Gemeindewahl gegründete Parteiverein zwei Kandidaten durch und in Gröden gelang es unserem noch in der Entstehung begriffenen Parteiverein von 18 Gemeinderatssitzen fünf zu erobern, trotz der scharf konkurrierenden Liste der Kleinbauern, auf die ebenfalls fünf Sitze entfielen.

Sangerhausen. Euer Blättchen schreibt unterm 31. März: „Halle. Als Vertreter in den Bürgerrat wurden 16 Unabhängige, 14 Bürgerliche und 5 Mehrheitssozialisten gewählt." Wir wissen nichts von einem solch merkwürdigen Bürgerrat! Vielleicht meint Ihr den Bezirksarbeiterrat?

Kleine Nachrichten. In Teicha lief gestern abend der Personenzug Halberstadt—Halle mit einer Stunde Verspätung führerlos ein. Man hatte den Zugführer auf der Station Wallwitz stehen lassen. Der Zug fuhr nach Wallwitz zurück, holte den Zugführer ab und passierte nun mit einer Verspätung von 1½ Stunde die hiesige Station. — In Nietleben konnte von der Gendarmerie der Wagen eines Höhnstedter Fleischermeisters angehalten werden, dem die verschiedensten Lebensmittel, u. a. auch ein fettes Schwein entnommen wurden. Die wertvollen Eßwaren sollten in Halle verkauft werden. — In Camburg wurde innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit ein Gutsbesitzer zum drittenmal bestohlen. Zuerst hatten die Diebe einen Bock und Hühner entwendet, beim zweitenmal ein Kalb und gestern nachts fiel ihnen ein etwa 1½ Zentner schweres Schwein und ein Kalb in die Hände. Die Beute wurde gleich an Ort und Stelle abgeschlachtet, ohne daß die Hausbewohner etwas merkten. — Einen aufsehenerregenden Mord- und Selbstmordversuch hat in Wittenberg der Käsefabrikant Bettermann verübt. Er verletzte Frau und Schwägerin schwer und versuchte sich dann mit dem Rasiermesser den Hals abzuschneiden. Er ist inzwischen an der Verletzung gestorben

Parteinachrichten.

Noble Kampfesweise!

Unter dieser Spitzmarke schreibt die Münchener Post: Auf der Landeskonferenz der U. S. P. in Nürnberg führte nach dem jetzt erschienenen Pressebericht der Redakteur der Neuen Zeitung, Richard Kämpfer, in Bezug auf den seinerzeit mit dem Tode ringenden Gen. Erhard Auer aus: „Glauben Sie doch nicht, daß die Verwundung Auers so schwer ist, daß er den Gang der politischen Dinge in Bayern nicht beeinflussen könnte. Es ist sogar die Meinung verbreitet, daß die ganze Krankheit Auers nichts als eine Komödie sei."

Es genügt, diese Leistung tiefer zu hängen.

Soziales.

Die Krankenkassen-Verordnung vom 3. Februar 1919.

Der Soziale Ausschuß der Nationalversammlung setzte am Donnerstag seine Beratungen über die Krankenkassenverordnung vom 3. Februar 1919 fort Der Referent, Abg. Schneider-Sachsen wendet sich gegen die Bestimmung des § 15, wonach die bisher bestehenden Ersatzkassen (etwa 270 000 Mitglieder) gegen ihren Willen in die Ortskrankenkassen überführt werden sollen. Der Korreferent Abg. Gilzing äußert ebenfalls seine Bedenken und wendet sich besonders dagegen, daß derart wichtige Verordnungen ohne jede Teilnahme und Zustimmung der Beteiligten von oben herab gemacht werden. Geheimrat Spielhagen schildert die sehr schlechte Lage der Ortskrankenkassen, in die sie infolge des Krieges gekommen sind. Die bisher gesetzlich zugelassenen Ausnahmen auf dem Gebiete dr Krankenversicherung müssen zugunsten der Stärkung der Ortskrankenkassen beseitigt werden. Nach längeren Ausführungen über die Gültigkeit oder Nichtgültigkeit der Verordnung kommt es zur Abstimmung. Ein Antrag Behrens und Genossen, die Verordnung über die Wahl der Vorstandsvorsitzenden bei den Ortskrankenkassen außer Kraft zu setzen, wird gegen 5 Stimmen abgelehnt. Der zweite Teil des Antrages über die Berufung der Kassenangestellten nach dem gleichen Wahlmodus wird mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Damit ist dieser Teil der Verordnung als gültig anerkannt. Die Bestimmung über Ersatzkassen in der Verordnung vom 3. Febr. 1919 (§ 12) dagegen wurde mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Speisefett in der Talamtschule, am Freitag, den 4. April 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 28 501 bis 31 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber mit den Nummern 31 001—34 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes können 55 Gramm Speisefett zum Preise von 35 Pfg. abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten. Gefäße sind mitzubringen.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule, am Freitag, den 4. April 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 42 001—43 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 43 501 bis 46 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 55 Gramm zum Preise von 20 Pfg. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Freitag, den 4. April 1919 auf den Abschnitt 10 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Ende, Delitzscher Straße 10 und Milchhändlerin Schwenke, Beesener Straße 68. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis 7. April 1919 abzuliefern.

Nudeln. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September/4. November 1915 wird der Verkauf von Nudeln wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Freitag, den 4. April 1919. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund verabfolgt werden. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Nudeln einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind, und die beim Verkäufer vorhandenen billigeren und teueren Teigwaren im Verhältnis zur Gesamtmenge ihres Einkaufs anzunehmen. Die Abgabe erfolgt unter Abtrennung der Marke 293 des Warenbezugsscheines 20. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September/4. November 1915.

Halle, den 3. April 1919. **Der Magistrat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751919040З-17/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater.
Anfang 7.10, Ende 9,30 Uhr:
„Der Rastelbinder."
Sonntag 3½ Uhr:
„Zwerg Nase."
Kl. Preise. Kinder halbe Pr.
Kasse v. 10—1½ u. 4—6.

Viele vermög. Damen wünsch. sich bald glücklich zu verheiraten Herren, wenn auch ohne Vermög erhalten sofort Auskunft durch „Union", Berlin, Postamt 37

Stadt-Theater
Freitag, den 4. April 1919
Anfang 7, Ende 10½ Uhr
Aida
Oper von Verdi.
Sonnabend:
Der Barbier von Sevilla.

Thalia-Theater.
Gastspiel
des Stadttheaters-Personals.
Sonntag, den 6. April 1919
abends 7 Uhr:
Nur ein Traum
Lustspiel von Lothar Schmidt.

Freitag, den 4. April, abends 7½ Uhr, in den Thalia-Sälen:

Grosse Protestversammlung

gegen die Zerstückelung des Deutschen Reiches.

Es werden sprechen

Bergrat Fabian
über:
„Das Saarrevier",
dazu Vorführung von Lichtbildern.

Landgerichtsrat Schimmelpfennig
über:
„Die Ostmark".

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Voretzsch
über:
„Die nationalen Grenzen des Deutschen Reiches in Gegenwart und Zukunft".

Es soll eine einmütige Kundgebung der Einwohner Halles werden gegen die von unseren Feinden geplante Zerstückelung des Deutschen Reiches, gegen willkürliche Unterdrückung und Vernichtung deutscher Kultur und deutschen Wirtschaftslebens. 2740

Deshalb kommt Alle, Männer und Frauen jeden Standes und jeder Parteirichtung!

Prof. Dr. Brockelmann, Geh. Reg.-Rat, Rektor d. Universität Halle.
Dr. Rive, Oberbürgermeister.
Scharf, Wirkl. Geh. Ob.-Bergrat, Bergheuptmann.
Elze, Geh. Justiz-Rat, Vorsitzender des Vereins Hall. Ostpreussenhilfe.
Schütz, Geh. Postrat, Vorsitzender des Deutschen Ostmarkenvereins, Ortsgr. Halle.
Watzel, Weisenanstaltsdirektor Vorsitzender d. Vereins der Ost- und Westpreussen.

Zoo.
Heute abend 8 Uhr:
VI. Gesellschafts-Konzert.
vom Stadttheater-Orchester. 2790

Apollo-Theater
Täglich abends 7½ Uhr:
„Das Farmermädchen"
Operette in 3 Akten von G. Zerno.
Zeiferion . . . 2789
Dir. Max Walden
Gerpert. 9—1 u. 5—½7.

Wettannahmestelle Halle,
Gr. Steinstrasse 71.
Annahme der Vorwetten für sämtliche Rennen, einschl. Traben.

Erstes Rennen

Sonntag, den 6. April in Marienborn (Traben) und München
Wettannahme geöffnet: Sonnabend, 5. April 5—6½ Uhr nachm. Sonntag, 6. April, von 8 Uhr vorm

Kameraden aller Waffen! Wo bleibt Ihr?
Meldet Euch sofort freiwillig bei
Deutsche Schutzdivision
(Abtlg. Lüttwitz).
Mobile Löhnung — 5 Mk. Tageszulage — Familienunterstützung — Verpflegung — Bekleidung. 2738
Werbebüro:
Halle, Hotel Stadt Dresden, Martinstrasse 18

Meine Telephonnummer **6590** aus der
Weintraube
bleibt dieselbe in
Fehlings Restaurant,
Herrenstrasse 22.
Fritz Machemehl.
NB. Renn-Depeschen erscheinen vom 20. April ab wie immer. 2786

Die ehemal. Kriegsgefangenen im Regierungs-Bezirk Merseburg
werden zur Begründung einer Vereinigung zur Vertretung ihrer Interessen gebeten, sich am nächsten
Sonntag, den 6.4.1919, vorm. ½11 Uhr
im kleinen Saale des
„St. Nicolaus", Nicolaistraße
einzufinden und möglichst vorher ihre Adressen mit Angabe des Landes, in dem sie gefangen waren, an **Juwelier Tittel, Halle,** einzusenden.

Panamastoffe
Kleiderstoffe, Voils, Batiste und Mull.
S. Biletzky, Leipziger Strasse 103, 1 Tr.

Handschrift deutet, interessante Enthüllung 50 Pf. Graphologe Schneeweiss, Berlin, Elsasserstraße 19.

Dr. med. Voss,
Fach-Arzt für Haut-, Harn- und Geschlechtskrankheiten,
Arzt für alle Kassen,
Leipzigerstr. 58, Ecke Riebeckplatz, Tel. 2042,
hält vom 1. 4. 19 ab
Sprechstunde:
Vormittags 10—12,
Nachmittags 4—5,
Sonntags 11—12. 2705

Geschäfts-Übernahme.

Am 1. April übernehme ich
Blumengeschäft u. Gärtnerei von Rob. Zeising, Reilstr. 29.
Bitte alle werten Kunden, das der alten Firme Rob. Zeising geschenkte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen, indem ich stets bemüht sein werde, jeden meiner Kunden zufrieden zu stellen.
Hochachtungsvoll 2785
Willi Zeising, Gärtnereibesitzer, Reilstr. 29.
Telephon Nr. 2553.

Das Vaterland ruft!

Zur Aufstellung einer **Freiwilligen-Batterie** können sich alle felddienstfähigen, moralisch einwandfreien Männer, die **gediente Artilleristen** sind, unter Vorzeigung ihrer Militärpapiere als

Freiwillige

melden. In Betracht kommen Jahrgang 1900 und ältere Jahrgänge, in **erster Linie** ehemalige **75er**, Bedienungsleute und Fahrer. Entlassungsanzug und Mantel ist möglichst mitzubringen, wird gegen Abschätzungswert angekauft.

Die Freiwilligen-Batterie soll einen Teil des Stammes der zu gründenden

Reichswehr

bilden und die Ueberlieferung des ruhmreichen Mansfelder Feldartillerie-Regiments Nr. 75 fortpflanzen. Wer also treu an seinem alten Regiment hängt, mit dem er gekämpft und in dessen Reihen er für das Vaterland geblutet hat, der melde sich in erster Linie.

Vorläufig gelten dieselben Bestimmungen wie bei den übrigen Freiwilligen-Verbänden, später die Bestimmungen für die Reichswehr.

Die **Verpflichtung** aller Eintretenden hat auf
6 Monate und jede Verwendung (Grenz- und Heimatschutz)
zu erfolgen.

Nähere Auskunft erteilt das Geschäftszimmer der Freiwilligen-Batterie in der Kaserne der 3. Batterie Feldart.-Rgts. 75, Zimmer 12.

Halle a. S., den 1. April 1919.

i. A. d. R.-K.:
Winke, Major.

2793

Zur **Konfirmation** schöne **Damentaschen Hch. Krasemann** nur 2735 Schmeerstraße 19.

Alte Fahrrad-Decken und Schläuche, auch brauchbare kauft **zu hohen Preisen Bieder,** Gr. Steinstraße 35, Gummiladen. 2654

Wer tauscht eine 3-Zim.-Wohnung gegen eine solche in Wittenberg per sofort oder später. Offerten unt. R. 100 an die Exped. 2775

Zur **Konfirmation!** Brieftaschen Portemonnaies in Leder sehr preiswert! **Hch. Krasemann** nur 2734 Schmeerstraße 19.

Hiermit zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mit heutigem Tage die hierselbst Leipzigerstrasse 21 seit 1849 bestehende
Büchsenmacherei, Waffen- und Munitions-Geschäft
an Herrn Büchsenmachermeister
Rudolf Hessler aus Suhl
übergeben habe.

Indem ich für das mir in so reichem Masse geschenkte Wohlwollen bestens danke, bitte ich, dasselbe auch fernerhin auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

W. Tornau.

Anschliessend an obige Mitteilung, bitte ich eine werte Kundschaft, sowie ein geehrtes Publikum von Halle und Umgegend, das der Firme entgegengebrachte Vertrauen auch mir zuteil werden zu lassen.

Seit langen Jahren in verschiedenen grossen Gewehrfabriken in Suhl tätig, bin ich in der Lage, allen Anforderungen der Neuzeit entsprechend gerecht zu werden.

Hochachtungsvoll
Rudolf Hessler,
Büchsenmachermeister,
Leipzigerstr. 21. Fernspr. 6456.
Meine Reparaturwerkstatt empfehle ich ganz besonders.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190403-17/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 77. Halle, Donnerstag, den 3. April 1919. 3. Jahrgang.

Die Betriebsräte.

Eine Arbeiterstimme.

Nicht der Verwirklichung des 8-Stundentages ist ein Ereignis von höchster sozialer Bedeutung die Vereinbarung in Weimar über die Errichtung und das Wirken der Betriebsräte. Wenn es nach dem mitteldeutschen Generalstreik auch so aussieht, als wären die Betriebsräte eine direkte Errungenschaft desselben, so ist es doch jedem Einsichtigen eine Selbstverständlichkeit, daß die wirtschaftlichen Umwälzungen nicht beim 8-Stundentag halt machen konnten, sondern daß auf dem Wege zur konstitutionellen Fabrik Umwälzungen von noch größerer Tragweite kommen mußten, früher oder später. Nur wären sie ohne Anwendung solcher treibhausähnlicher Gewaltsmittel wohl in ungleich reiferen Zustande an das Tageslicht gekommen. Doch das ist nun einmal geschehen. Nun heißt es für die Arbeiterschaft, wenn die gesetzliche Regelung erfolgt ist, mit frischen Kräften und offenen Sinnen auch auf diesem Wege zum Besten des gesamten Volkes zu wirken.

In der Errichtung von Betriebsräten, die, wie gesagt, auf dem Wege zur konstitutionellen Fabrik liegen, drückt sich meines Erachtens mehr Sozialismus aus, als in einer Verordnung der sofortigen Sozialisierung einzelner Industrien, ähnlich dem russischen Vorgehen in Rußland. Ebensowenig wie „die Arbeiterklasse die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann" (Rede der Bürgerkrieg in Frankreich, Adresse des Generalrats der internationalen Arbeiter-Assoziation", anläßlich der Pariser Kommunion 1871), ebensowenig kann die Arbeiterklasse die fertigen Fabriken mit ihrer heutigen Produktionsform übernehmen und nun, selbstverständlich, sozialistisch produzieren.

Die heutige Fabrik, der Großbetrieb oder ganz und gar die gemischten (kombinierten) Werke sind doch keine willkürlichen Schöpfungen irgend eines genialen Unternehmers, sondern sie sind ein Produktionsprozeß, organisch entstandene Gebilde der zweckmäßigsten Arbeitsmethode, der Methode der Arbeitsteilung, der Zerlegung des Produktionsprozesses in einzelne Teiloperationen, die aber stets in den Rahmen des Gesamtplanes fallen. Die Triebfeder bei dem Herausbilden dieser Arbeitsmethode im Großbetrieb war die Konkurrenz der Werke untereinander. Um für das Werk dauernde Beschäftigung zu haben und immer höhere Gewinne für den Unternehmer — seien es Aktionäre oder persönliche Eigentümer — herauszuschlagen, sehen wir diese Zerlegung der Arbeitsvorgänge planmäßig fortschreiten, um aber desto großartiger als dauernde planmäßige Arbeit des Einen mit dem Anderen, der einen Gesellschaftsklasse mit der andern Gesellschaftsklasse zu erscheinen. Denn die Techniker, Ingenieure, Chemiker, die Verwaltungsbeamten sind eine andere Gesellschaftsklasse, da sie im Produktionsprozeß eine andere gesellschaftliche Arbeitsfunktion erfüllen. Diese andere Arbeitsfunktion ist bestimmend für ihre Stellung in der Gesellschaft, nicht daß sie beim Kapital ebenso in Lohn und Brot stehen wie der Lohnarbeiter. Dieses Zusammenarbeiten der verschiedenen Gesellschaftsklassen war ein erzwungenes. Erzwungen durch das Kapital, denn wer sich nicht in den Gesamtplan der Produktion im Betriebe hineinfinden konnte oder wollte, der belud sich das Fabriktor von draußen. Diese Zusammenarbeit spielte sich auch unter dauernden Reibungen zwischen den Lohnarbeitern und denjenigen ab, die den Arbeitsprozeß vorbereiteten, zerlegten, beobachteten und leiteten, eben den Angehörigen der anderen Klassen.

Wird die bisherige, kapitalistische Warenproduktion nun schlantweg eine sozialistische, wenn an die Stelle des Aktienkapitals einfach der Staat oder die Stadt tritt? Muß nicht der Prozeß der Arbeitsteilung, also die bisherige Produktionsmethode bestehen bleiben, ja sogar noch weiter ausgebildet werden, denn Stillstand ist Rückgang? Aber wie soll dann ein kombiniertes Werk geleitet werden, wenn die bisherigen Machtpositionen der einzelnen Klassen, die sich durch ihre wirtschaftlichen Funktionen herausgebildet haben, plötzlich aufgehoben werden? Denn die Aufhebung der Machtstellung des Leiters eines Betriebes oder die einer Gruppe von Leitern, hebt doch zu gleicher Zeit mehr oder minder auch die bestimmte Funktion ihrer gesellschaftlichen Arbeit auf, ohne welche der Betrieb wohl eine Zeitlang aber nicht dauernd existieren kann. Man kann doch nicht irgend eine Arbeit zu einem Teil verhindern, wenn nicht Störungen eintreten sollen, oder man muß vorher schon was in der Tasche haben, etwas ausgebildet haben, was an die Stelle dieser verhinderten Arbeit tritt.

Hier ist der springende Punkt. Hier ist der Gedanke des konstitutionellen Fabrikbetriebes am Platze. Also Zusammenarbeit der verschiedenen Klassen im Betriebe weiterhin auf Grund ihrer verschiedenartigen Arbeitsfunktion. Zusammenarbeit, aber nicht durch Zwang des Kapitals unter dauernden Reibungen, sondern freiwilliges, demokratisches Zusammenarbeiten in Einordnung in den Gesamtplan der nationalen Produktion. Auch dieses freiwillige Zusammenarbeiten wird nicht immer ohne Reibungen vor sich gehen, auch hier werden die Anschauungen über Mögliches und Zweckmäßiges auseinander gehen oder auch aufeinanderplatzen. Aber dieses Zusammenarbeiten beruht auf einem ganz anderen Prinzip als wie das erzwungene von Kapitals Gnaden. Dieses Prinzip kann sich allerdings nur langsam, allmählich durchsetzen. Es verlangt auch Arbeit an sich selbst, am Charakter des einzelnen Menschen, nicht zum wenigsten des Lohnarbeiters. Ein Schritt auf diesem Wege ist die Errichtung von Betriebsräten. Sie sind das Bindeglied zwischen den verschiedenen Klassen im Betrieb. Mögen sie nun mit mehr oder weniger Machtbefugnissen ausgerüstet sein — mangelhaftes kann nachgeholt werden — aber in der Hauptsache wird es darauf ankommen, wieviel Intelligenz die Arbeiterschaft entwickeln wird bei der Beurteilung und Einschätzung der bisherigen Produktionsmethoden und der möglichen Änderungen. In der Hauptsache wird es darauf ankommen, daß nicht der Betriebsrat danach strebt, die Funktionen des Unternehmers oder des Kapitals zu übernehmen, also das Zusammenarbeiten zu erzwingen mit irgend welchen Mitteln, sondern daß er danach strebt, dieses neue Prinzip, das freiwillige, demokratische Zusammenarbeiten zur lebendigen Wirklichkeit werden zu lassen. Dann haben wir Wirtschaftsdemokratie, eine Gleichberechtigung, dann haben wir Wirtschaftsdemokratie.

Paul Träumel, Former.

Halle und Saalkreis.

Halle, 3. April 1919.

Der Schritt ins Leben.

Es ist wie in jedem Jahr, wenn der Frühling seinen Einzug in der Natur hält: dann verlassen Tausende und Abertausende von Arbeiterkindern, die die Schulstube verlassen, den ersten Schritt ins Leben. Fast ein halbes Jahrzehnt ist es her, daß dieser Schritt getan werden kann, ohne daß Waffengeklirr ihn umdröhnt. Fast ein halbes Jahrzehnt ist es her, daß den in die Lebenspraxis tretenden Mädchen oder Knaben der Vater hilfreich und beratend zur Seite stehen kann. Freilich: alle können sich nicht der väterlichen Fürsorge erfreuen, denn allzu viele hat das grimme Kriegsmorden frühzeitig zu Halbwaisen gemacht ... Heute und nicht — wie anders ist die Welt geworden! Deutschlands Handel und Industrie liegen zertrümmert am Boden. Ungezählte Berufe gibt es, die vor der Hand gar keinen Nachwuchs mehr aufnehmen können. Dazu kommt die Verwilderung der Kriegsjahre, die auch auf das Gebiet des Lehrlingswesens hinübergriff und die jungen Leute als ungeeignete Arbeiter in die Kriegsindustriefabriken lockte. Der alte Staat hat viel gefehlt — nicht zuletzt auch auf diesem Gebiet. Und die Stunde wird kommen, wo dieser freventliche Raubbau mit jungen Menschenkräften, mit Intelligenzen und fingerfertiger Geschicklichkeit sich nicht nur an den leichtfertig Verlockten, sondern an der ganzen Volkswohlfahrt bitter rächen wird!

Dem wird nun anders werden — wohl schon mit dem heutigen Tage. Denn die Zeit ist wieder da, da Eltern und Kinder es als ihre Pflicht ansehen werden, genau zu prüfen, für welchen Beruf sich der ins Leben Tretende am besten eignen dürfte. Und alle diese blonden Mädchen und zuverschlich in die Zukunft schauenden Knaben werden den Weg einschlagen, zu dem sie sich geistig und körperlich „berufen" fühlen. Freilich leicht werden sie, die die Spuren der bitteren Kriegszeit allzu sichtlich an ihrem hagenen, jugendlichen Körpern tragen, es nicht haben. Harte und schwere Arbeit wird ihnen die Zukunft in Hülle und Fülle bringen. Was der Krieg so furchtbar verheerend zertrümmerte, werden sie aufbauen müssen. Es sind gewaltige Pflichten, die ihrer warten. Aber sie werden diese Pflichten restlos nach besten Kräften erfüllen, wie reich an Anforderungen auch das Leben sein mag, in dessen rauhe Wirklichkeit diese Kinder heute den ersten Schritt tun!

Literaten!

Das Volksblatt, das sich jüngst erst über „expressionistische" Verse mokierte, gibt in seiner gestrigen Nummer einen klassischen Beweis für seine literarischen Kenntnisse, indem es Heines göttlichen Versen Gewalt antut. Wir erlauben uns den „verkürzten" Vers richtig zu stellen, er lautet nämlich:

Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,
Ich kenne auch die Verfasser
Ich weiß, sie trinken heimlich Wein
Und predigten öffentlich Wasser.

Was die Herren Literaturverständigen drüben daraus machten, ist kein Heine, das ähnelt schon mehr der Melodie des Sanges, den sie neulich dem armen Meseberg zu Ehren anstimmten.

Einer, der die neue Zeit verstanden.

Die Revolution hat viele Hindernisse weggeräumt, hat auch den Beamten das Recht zu freierer politischer Betätigung gegeben. Die Folge war, daß eine große Anzahl Beamter und Lehrer sich der sozialdemokratischen Partei angeschlossen und auch öffentlich für ihre Partei betätigt hat. Das ist dem Herrn Lehrer Haberkorn von der Franckestiftung arg in die Nase gefahren und er hat ein Schreiben an den Lehrerverein gerichtet, in dem er mitteilt, daß er aus dem Lehrerverein austrete, weil einige Mitglieder des Lehrervereins Sozialdemokraten seien, sich sozialdemokratisch betätigten und sogar — o Verbrechen — auf die sozialdemokratische Stadtverordnetenliste setzen ließen. Der Herr Haberkorn hat — doch wir wollen nicht gehässig sein, dem fein fühlenden Herrn nicht wehe tun und uns darum ganz zahm ausdrücken — zweifellos eine großartige Auffassung von der neuen Zeit.

Luxussteuer.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 16. Januar 1919 beschlossen:

Zu § 16 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 26. Juli 1918 wird der jetzige Absatz 2 gestrichen und werden folgende neue Bestimmungen als Absatz 2 und 3 hinzugefügt:

Absatz 2: Den Teppichen wird jede Art von Fußbodenbelag oder Wandbespannung gleichgestellt, gleichgültig, ob der dazu dienende Stoff abgepaßt ist oder als Meterware geliefert wird.

Absatz 3: Auf die Art des Stoffes, aus dem der Teppich oder der sonstige Fußbodenbelag oder die Wandbespannung besteht, kommt es nicht an, auch Fußbodenbeläge aus Linoleum, Papierstoff, Mattengeflecht fallen unter § 8, Nr. 10, des Gesetzes.

Jubiläum der Feuerwehr.

Die städtische Berufsfeuerwehr blickt bekanntlich am 12. April auf ihr 30jähriges Bestehen zurück. An dem Jubiläumstage wird auf der Hauptfeuerwache eine schlichte Gedenkfeier für die gefallenen Angehörigen des Feuerwehrkorps gehalten und eine Ehrentafel mit den Namen der Gefallenen enthüllt werden.

Die Geschichte der Wehr ist kurz folgende: Am 15. April 1889 bezog die Berufsfeuerwehr, alle in Stärke von 3 Oberfeuerwehrmännern und 6 Feuerwehrmännern das Hauptfeuerwehrdepot im Rathause und versah den Feuerschutz der Stadt gemeinsam mit der freiwilligen und der Pflichtfeuerwehr. Bereits im nächsten Jahre wurde die alte Pflichtfeuerwehr aufgelöst und die Berufsfeuerwehr auf 30 Köpfe verstärkt. Im Jahre 1891 erhielt die Wehr ihre erste Dampfspritze. Im Jahre 1891 schritt man zum Bau eines eigenen Feuerlöschgebäudes, das auf dem Grundstück Margaretenstraße 4 errichtet wurde und im Sommer 1892 bezogen werden konnte. In den folgenden Jahren wurde mehrmals die Kopfzahl der Feuerwehr wesentlich verstärkt; auch wurde eine zweite Dampfspritze beschafft. Im Jahre 1901 wurde das Krankentransportwesen in der Stadt von der Berufsfeuerwehr übernommen. Zur Entlastung des Leiters der Feuerwehr wurde im Jahre 1907 die Stelle eines Brandmeisters geschaffen und am 1. Oktober 1908 wurde ein weiter Brandmeister angestellt. Am 28. Oktober 1908 konnte die neue „Feuerwache Süd", deren Deckungsgebiet der industriereiche Süden der Stadt bildete, bezogen werden. Im Dezember 1911 war endlich die lang geplante Automobilisierung der Hauptfeuerwache nach Einstellung einer elektromobilen Leiter und Dampfspritze durchgeführt. 1912 und 1913 wurden drei weitere Fahrzeuge mit Benzinantrieb in Dienst gestellt. Eine wesentliche Verstärkung der Schlagfertigkeit der Feuerwehr trat durch Einstellung einer Benzinmotorspritze im Jahre 1914 ein. Die Automobilisierung der Feuerwache Süd wird noch in diesem Jahre durchgeführt werden. Ueber die aufopfernde Tätigkeit der Berufsfeuerwehr während des Krieges und der Unruhen in der Revolutionszeit erübrigt es sich wohl, näher einzugehen. Die Tatsachen noch frisch in aller Gedächtnis haften.

* Die Krise im Gewerkschaftskartell Halle war der Gegenstand einer vom Kartellvorstand einberufenen Besprechung jener Gewerkschaften, die eine Sperrung der Erträge und Zurückziehung ihrer Vertreter beschlossen hatten. Es sind das etwa sechs Gewerkschaften. An der Aussprache nahm das Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Genosse Silberschmidt, teil. Es wurde festgestellt, daß eine Anzahl Gewerkschaften, wie die Bäcker, die Brauerei- und Mühlenarbeiter, die Buchdrucker usw., ein gleiches Vorgehen, das mit dem Austritt gleichbedeutend sei, ausdrücklich abgelehnt haben. Während den mehrstündigen Verhandlungen beharrten die Vertreter der ausgeschlossenen Gewerkschaften auf ihrem Standpunkt, das nämlich ihr Wiedereintritt von der Entlassung des Arbeitersekretärs Kleeis abhängig sei. Sie hätten nichts gegen ihn persönlich einzuwenden, es handele sich aber um ein „Prinzip". In Halle sei die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder „unabhängig", also müßten das auch die Gewerkschaftsangestellten sein. Ein Einigungs- und Vermittlungsvorschlag von einem Mitglied des Kartellvorstandes fand zum Teil unentschiedene, zum größten Teil aber ablehnende Aufnahme. Der Hinweis, daß in Halle die Unabhängigen auf die Mitbisse der Mehrheitssozialisten angewiesen seien, wenn sie im Arbeiterrat, in den Stadtverordnetenversammlung usw. etwas erreichen wollten und somit doch nicht alle Brücken abgebrochen werden könnten, fand kein Gehör. So verlief im allgemeinen die Aussprache ohne ein Ergebnis.

* Einigungsverhandlungen im Gastwirtsgewerbe in Sachsen-Anhalt. Im Anschluß an die Zentralauskunftsstelle Sachsen-Anhalt, Magdeburg, hat sich eine Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Gastwirtsgewerbe in der Provinz Sachsen und Anhalt gebildet und in einer Sitzung am 21. März eine Angestelltenordnung als Rahmen für die in den einzelnen Orten oder Kreisen abzuschließenden Tarifverträge aufgestellt. Das Abkommen enthält Bestimmungen über Zahlung eines Barlohnes, Anrechnung von Kost und Wohnung bei Festsetzung des Gesamtverdienstes, Bezahlung von Ueberstunden, Schlichtungsausschüsse usw.; für die Arbeitszeit wurde ein Höchstmaß von 10 Stunden mit Einschluß der Essenspausen, deren Dauer auf etwa zwei Stunden veranschlagt wurde, festgesetzt. An der Arbeitsgemeinschaft sind beteiligt auf Seiten der Arbeitgeber der Provinzialverband Sachsen und der Landesverband Anhalt des deutschen Gastwirtsgewerbes, der Hotelbesitzerverein, der Verein der Saal- und Konzertlokalbesitzer und der Verband der Gast- und Schankwirte in Magdeburg, auf Seiten der Arbeitnehmer die in Frage kommenden Bezirksorganisationen des deutschen Kellnerbundes des Hensler Kellnerverbandes, des Verbandes der Gastwirtsgehilfen und des Verbandes der Köche. Weitere Fachorganisationen der Arbeitgeber oder Angestellten können jederzeit beitreten.

* Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in Merseburg veröffentlicht soeben einen Voranschlag auf das Jahr 1919, der interessante Einblicke in die Wirkungen des Krieges auf die Gestaltung der Invalidenversicherung gewährt. Die Einnahme an Beiträgen ist auf rund eine Million Mark mehr als sie im Jahre 1918 war, nämlich auf 12¼ Mill. Mark veranschlagt. Der Ertrag an Zinsen ist auf etwa den gleichen Betrag, nämlich 6½ Mill. Mark angenommen worden. Die Einnahme an Strafgeldern ist auf 2000 Mark angegeben, da während des Krieges Strafen nur in zwingenden Fällen verängt wurden. Die Rentenzahlungen, die im Jahre 1915 nur noch 6 359 682 Mark betrugen, sind für 1919 auf rund 10 Millionen Mark veranschlagt. Ferner sind seit dem 1. Februar 1918 Zuschläge von je 8 Mark für die Invaliden- und Krankenrenten und von 4 Mark für die Witwenrenten zu zahlen. Dies ergibt nach dem Stande vom 1. Januar 1918 eine Mehrleistung von 4½ Mill. Mark für den Zeitraum von 11 Monaten. Diese Zuschlagsrenten werden zunächst vom Reiche zinslos vorgeschossen und sind in zehn Jahren in Teilbeträgen von ein Zehntel von der Invalidenversicherungsanstalt zurückzuzahlen. Die Heilverfahren sind während des Krieges naturgemäß erheblich zurückgegangen. Sie sollen aber nach Friedensschluß wieder größeren Umfang annehmen. Für das Jahr 1919 ist eine Ausgabe von rund 2 Mill. Mark in Aussicht genommen. Die Invalidenhauspflege (die Unterbringung von Rentenempfängern in Versorgungs- und Invalidenhäusern) ist bei der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt bislang nur schwach entwickelt. In den letzten Jahren sind immer 173 000 Mark dafür ausgegeben worden. In noch geringerem Umfange ist die Waisenhauspflege (die Einweisung rentenberechtigter Waisen in Versorgungsanstalten) durchgeführt worden. Für das Jahr 1919 sind 5000 Mark vorgesehen. Die Versicherungsanstalt beschäftigt rund 100 Bureau-, Kanzlei- und Unterbeamte, für die 604 000 Mark Gehälter vorgesehen sind. Dazu kommen noch 75 000 Mark Versicherungsbeiträge. Die Ausgaben für Kriegswohlfahrtspflege sind auf 600 000 Mark (gegen einer Million im Vorjahr) herabgesetzt worden. Viele Einrichtungen der Versicherungsanstalt sind noch recht ausbaufähig.

* Wohlfahrtsmarken für Kriegsbeschädigte. Der Reichspostminister hat verfügt, daß vorerst 1 Mill. Freimarken zu 10 Pfg. und 1½ Mill. zu 15 Pfg. mit dem schwarzen Aufdruck „5 Pfg. für Kriegsbeschädigte" hergestellt werden. Diese Marken werden während des Monats Mai mit einem Aufschlag von 5 Pfg. für das Stück, also zum Einzelpreis von 15 und 20 Pfg. ohne Beschränkung ihrer Gültigkeitsdauer bei den Postanstalten des Reichspostgebietes zum Verkauf gelangen. Der Ertrag des Aufschlages wird dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten-Fürsorge überwiesen werden. Deutschland hatte bisher im Gegensatz zu den meisten verbündeten, neutralen und friedlichen Staaten und ihren Kolonien die Ausgabe von Wohlfahrtsmarken abgelehnt. Diese Tatsache war mit Rücksicht auf die starke Nachfrage nach derartigen Marken von Sammlerkreisen auf das lebhafteste bedauert worden. Nachdem nun feststeht, daß die erwünschten Wohlfahrtsmarken, die einem wichtigen vaterländischen Zwecke, der Unterstützung unserer Kriegsbeschädigten, dienen, in Bälde zur Ausgabe gelangen, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß insbesondere die Sammlerkreise der neuen Markenausgabe lebhaftes Interesse entgegenbringen werden.

* Rückfahrkarten. Vom 1. April sind auf der Eisenbahn wieder Doppelkarten eingeführt worden. Auf allen Stationen kommen wieder zur Rückfahrt gültige Fahrkarten, deren Geltungsdauer vier Tage ist, zum Verkauf.

* Schnelle Abfertigung an den Postschaltern. Jeder kann selbst dazu beitragen, an den Postschaltern schnell abgefertigt zu werden; er beachte nur folgende Regeln: 1. Fertige Aufschriften, Telegramme usw. recht deutlich aus. 2. Wähle für deine Postgeschäfte möglichst nicht die Hauptverkehrsstunden von 11—12 Uhr vorm. und 5—7 Uhr nachm. 3. Tritt an den richtigen, durch Inschriften bezeichneten Schalter von rechts heran. 4. Kaufe Marken, Postkarten usw. nicht in einzelnen Stücken, sondern in deinem Verbrauch angemessenen Mengen. 5. Klebe auf alle freizumachenden Sendungen die Marken vorher auf, auch auf Postanweisungen und Zahlkarten. 6. Halte das Geld abgezählt bereit. 7. Fördere den bargeldlosen Zahlungsausgleich durch Anschluß an den Postscheck- und den Bankverkehr. 8. Benutze bei eigenem stärkeren Verkehr die besonderen Einrichtungen (Posteinlieferungsbücher und Verzeichnisse, Selbstvorbereitung von Paketen und Einschreibebriefen).

In der großen Protestversammlung gegen die Zerstückelung des Deutschen Reichs am Freitag abend in den Thaliasälen (siehe den Anzeigenteil dieses Blattes) werden Bergrat Fabian über das Saargebiet, Landgerichtsrat Schimmelpfennig über die Ostmark und Universitäts-Professor Dr. Boretzki über die nationalen Grenzen des Deutschen Reichs in Vergangenheit und Zukunft sprechen. Die Versammlung, die mit einer Resolution schließen soll, verspricht einen interessanten und erhebenden Verlauf zu nehmen. Zahlreicher Besuch aus allen Ständen muß eine gewaltige, einmütige Kundgebung der Einwohner Halles ergeben.

Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, selbständige Regierungsbezirksgruppe Merseburg. In der Nachmittagstagung der Vertreter der Ortsgruppen vom Regierungsbezirk Merseburg, die nächsten Sonntag von 2½—6 Uhr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190403-17/fragment/page=0005

im Thalia-Theater hier, Geiststraße 42 a, stattfindet, haben auch die Mitglieder Zutritt. Die Beteiligung empfiehlt sich besonders für die Angehörigen von Kriegsgefangenen, da der Vorsitzende der Zentralstelle in Berlin, Herr Gleinow, und die Berliner Vorstandsmitglieder, alles ehemalige Kriegsgefangene, interessante Berichte übernommen haben. Leider müssen, da es bei uns in Halle an ausreichenden Sälen fehlt, Eintrittskarten ausgegeben werden. Dieselben sind mit dem Plane der Tagung kostenlos beim Vorsitzenden Herrn Tittel zu entnehmen.

* **Universitäts-Sommersemester.** Entgegen anders lautenden Gerüchten erfahren wir an hiesiger amtlicher Stelle, daß das übliche Sommersemester an den preußischen Hochschulen auch in diesem Jahre nicht ausfällt und hier am 28. April beginnt.

* **Das Schwurgericht** verhandelte gestern an seinem dritten Tage gegen die Arbeiter Seyfert, Heyland, Stöcklein wegen Landfriedensbruch. Die Verhandlung entrollte noch einmal ein ausführliches Bild der beiden Plünderungsnächte vom 1. zum 2. und vom 2. zum 3. März. Die Angeklagten sind geständig, teils Bekleidungsstücke, teils Lebensmittel, die bei der Haussuchung bei ihnen vorgefunden wurden, aus den gewaltsam geöffneten Geschäften und Schaufenstern genommen zu haben und wurden zu 4 resp. 2½ Jahren Zuchthaus und 10 (5) Jahren Ehrverlust verurteilt. Zieht man in Betracht, daß keiner der Verurteilten bei Gewaltsamkeiten betroffen, sondern sie lediglich die durch die Verhetzung der Pöbelmassen geschaffene Situation ausgenutzt haben, so wird man die Strafe wohl als recht hoch ansehen müssen. Ein warnendes Beispiel — — — —.

* **Selbstmord.** In der Breite Straße stürzte sich gestern nachmittag ein 51jähriger Schneider aus dem Fenster seiner im zweiten Stockwerk befindlichen Wohnung auf die Straße. Da er noch Lebenszeichen von sich gab, wurde er mit dem städtischen Krankenwagen der Klinik zugeführt.

* **Stadttheater.** Die Erstaufführung von „Ilsebill" findet nunmehr am Sonntag, den 6. d. M., statt. Die dramatische Sinfonie, deren Schöpfer, Professor Friedrich Klose, in den letzten Tagen zum Mitglied der Akademie der Künste ernannt worden ist, wird in der Fassung gegeben, die Klose selbst anläßlich der Festaufführung des Werkes während der Klose-Woche in München festgestellt hat. Wie in der Einführung bereits mitgeteilt wurde, spielt das Werk ohne jede Pause durch, so daß die Theaterbesucher höflichst ersucht werden, rechtzeitig zum Beginn der Vorstellung ihre Plätze einzunehmen, um Störungen zu vermeiden. Im Interesse des Werkes bleiben die Eingänge zum Zuschauerraum während der Aufführung geschlossen. Zuspätkommende können für den dadurch bedingten Verlust ihrer Plätze nicht entschädigt werden. Die szenische Ausstattung wurde völlig neu geschaffen. Die Dekorationen sind nach Entwürfen von Maria Lickarz durch den städtischen Theatermaler Heinz Behrens angefertigt worden. Die musikalische Leitung des Werkes hat Kapellmeister Oscar Braun, die Inszenierung und Spielleitung Leopold Sachse übernommen. Damen der Robert Franz-Singakademie haben sich in liebenswürdiger Weise zur Mitwirkung in den Chören zur Verfügung gestellt. Der Klavierpart ist den Damen Schumann und Jentzsch anvertraut worden.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, wird das Schauspiel „Gewitter" von Alexander Zinn zum ersten Male wiederholt. Freitag, 7 Uhr, „Aida" von Verdi. Sonnabend „Der Barbier von Sevilla". Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen „Der G'wissenswurm", Bauernkomödie mit Gesang von Anzengruber, abends Erstaufführung „Ilsebill", das Märlein von dem Fischer und seiner Frau, eine dramatische Sinfonie von Friedrich Klose. Montag „Carmen".

Thalia-Theater. Am Sonntag, den 6. April, abends 7 Uhr, gelangt das Lustspiel „Nur ein Traum" von Lothar Schmidt zur Aufführung.

Zoologischer Garten. Auf das heute abend 8 Uhr stattfindende 6. Gesellschaftskonzert des Stadttheater-Orchesters sei nochmals empfehlend hingewiesen. (Siehe Anzeige.)

Der Rettungsweg.

Man schreibt uns: So günstig manche Optimisten das langsame Ingangkommen der ausländischen Lebensmittellieferung beurteilen mögen, dürfen sie doch nicht vergessen, daß sich die weitere Lebensmittellieferung in dem Augenblick zerschellen würde, wenn ganz bestimmte Voraussetzungen von uns nicht erfüllt werden oder nicht erfüllt werden können. Bekanntlich sollen die ersten 270 000 Tonnen Lebensmittel durch 100 Millionen Mk. Gold und 25 Millionen Mk. ausländische Wertpapiere bezahlt werden. Das Ausland aber hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß ihm die Bezahlung der Lebensmittel mit Waren weit wichtiger sei, als mit Gold und ausländischen Papieren und zwar mit Waren unseres eigenen Landes. Es kann deshalb gar nicht genug darauf hingewiesen werden, daß der Handelsverkehr zwischen den Ländern im Grunde nichts weiter ist, als ein Warentauschverkehr und das Geld nur der Wertmesser. Das Land, das also keine andere Ware zum Austausch bieten kann, wird auch nicht die Waren, die es haben möchte, erhalten. Wir wollen Lebensmittel ins Land haben. Wollen wir mit Waren tauschen, so fragt es sich, welche Waren das Ausland haben will bezw. welche wir ausführen dürfen. In Betracht kommen Kohle, Kali und Chemikalien bezw. Farbstoffe. Bisher war es nicht möglich, Kohle und andere Artikel ins Ausland zu liefern. Kohle konnten wir nicht einmal soviel fördern, wie wir selbst brauchten. Wenn also das Ausland sieht, daß wir tatsächlich bereit und fähig sind, die Lebensmittel durch Waren, Kohle usw. zu tauschen, dann erst wird es bereit sein, uns im großen Stil Lebensmittel zu senden. Ein anderes wichtiges Moment kommt hinzu, wir müssen in Brüssel ein Depot von 220 Millionen Gold hinterlegen. Dieses Depot wird dann erst zurückgegeben werden, wenn andere Zahlungsmittel, also Kohle usw. bereit gestellt werden. Wenn jetzt demnach nicht mit allen Kräften gearbeitet wird, um Kohle, Kali, Holz und Chemikalien zu erzeugen, dann behält das Ausland unser Goldgeld. In demselben Augenblick wird unser Kredit im Auslande noch weiter sinken, unser Markkurs wird weiter entwertet werden, alle Preise noch mehr steigen, und unsere Wirtschaft wird tatsächlich zusammenbrechen. Jetzt aber können wir sie noch retten, und alles kann noch gut werden, wenn die Arbeit zur Förderung von Kohle, Kali, Holz und Chemikalien mit größtem Druck einsetzt und durchgehalten wird. Die Arbeiterschaft einzelner Gruben und Reviere muß also im Interesse der dringlichen Ernährung des ganzen Volkes ihre Sonderwünsche zurückstellen, sie muß im Bergbau und in der Industrie alle Kräfte anspannen, um uns zu einem höheren Export zu verhelfen. Nur gegen Kohle und Kali bekommen wir Lebensmittel, wir arbeiten heute, um essen zu können.

Letzte Nachrichten.

Die ausländischen Lebensmittel.

Amsterdam, 2. April. Dem „W. T. B." wird mitgeteilt, daß jetzt die Ueberladung der für Deutschland bestimmten Lebensmittelmengen aus von England gekommenen Dampfern in die Rheinleichterschiffe planmäßig fortgesetzt wird.

Beibehaltung der Rationen.

Dortmund, 2. April. Der aus Arbeitern der hiesigen größeren Werke zusammengesetzten Arbeiterkommission ist im Ministerium die Beibehaltung der bisherigen Rationen zugesichert worden unter der Voraussetzung, daß in den zu beliefernden Gebieten gearbeitet wird.

Die Alliierten und Ungarn.

London, 2. April. Reuter meldet amtlich: General Smuts begibt sich nach Ungarn, um die aus dem Waffenstillstand sich ergebenden Probleme zu untersuchen, da der oberste Rat hierüber nähere Informationen wünscht.

Eingesandt.

Konfessioneller oder konfessionsloser Religionsunterricht in der neuen Einheitsschule.

In Nr. 71 der Volksstimme setzt sich Herr Prof. Dr. Deutschbein ein für konfessionellen Religionsunterricht in der Schule. Das gleiche tut Herr Lehrer Fritz Sommer in fast allen Versammlungen, wo über Religionsfragen gesprochen wird. Es könnte den Anschein gewinnen, als ob die gesamte hallische Lehrerschaft hinter den Anschauungen des Herrn S. stünde. Das ist keineswegs der Fall. Herr S. vertritt in seiner Stellungnahme nur die Meinung einer ganz kleinen Gruppe orthodox gesinnter Lehrer, die, es dürften wohl kaum ein halbes Dutzend sein, seit Jahren aus dem Hallischen Lehrerverein ausgeschieden sind. Wie der kürzlich hier tagende Prov.-Verband sächsischer Lehrer bekundet hat, lehnt er den konfessionellen Religionsunterricht in der neuen Einheitsschule rundweg ab. Er überläßt den Geistlichen im späteren Konfirmandenunterricht den systematisch-dogmatischen Religionsunterricht (Katechismus). Er fordert vielmehr einen freien psychologisch-pädagogischen (religionskundlichen) Religionsunterricht, der im Einklange stehen muß mit den gesicherten Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung und welcher dem geläuterten sittlichen Empfinden unserer modernen Zeit im neuen Volksstaat entspricht. Die Einführung in das Bekenntnis einer bestimmten Religionsgemeinschaft lehnt die moderne Lehrerschaft ab. Die zum Sozialismus gehende Entwickelung unseres Volkes wird nie wieder einen konfessionellen Religionsschulunterricht dulden. Das starre Festhalten daran könnte nur zur Folge haben, daß was wir verhütet wissen möchten — eines Tages der gesamte Religionsunterricht aus der Schule verschwindet. Die hiesigen evangelischen und die katholischen Kinder dürfen auch im Religionsunterricht nicht getrennt werden. Die Religion der Tat, wie sie Jesus lehrte, ist interkonfessionell. Sein Leben und Sterben war eine Verkündigung der Tat. An seinem Beispiel zeige man, wie sich das persönliche Verhältnis zu Gott in des Menschen Tun und Lassen hier auf Erden umsetzt. Die Taten sind entweder christlich oder unchristlich, ein drittes gibt es nicht. Die modern denkenden Lehrer schätzen den edlen Kern der Religion als ein hohes Kulturgut; sie wollen sich der Religionspflege nicht entäußern in der Schule, doch gebe man ihnen nun endlich volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, die ihnen der alte konservative Feudalstaat vorenthielt. H.

Abermals: Getäuschte Hoffnungen?

Seit Wochen, Monden wartet das hungernde deutsche Volk sehnsüchtig auf die versprochene Zufuhr von unsern früheren Feinden. Hieß es erst, im Dezember v. J. sollten die ersten Schiffe nach Deutschland ausfahren, so wurden wir später auf Februar, dann Anfang März vertröstet. Nun endlich, da das Ersehnte Wahrheit geworden, da Anfang April — nach vier Monaten des Hinnarrens — die ersten Lebensmittel zur Verteilung bereit sind, soll das Spiel von neuem beginnen: „Die zu erwartenden Lebensmittel von Mehl und Fett reichen gerade aus, um die Ernährung auf dem bisherigen Stande zu erhalten", so tönt es aus berufenen (?) Munde. Ja, hält man denn das breite Volk wirklich für so heruntergekommen, daß man ihm auch das noch zu bieten wagt? Daß man seine schönste Hoffnung, auf die Millionen von Mägen sich eingestellt haben, wie eine Seifenblase zerschlägt? — Zugegeben, daß wir mit dem Mehl tatsächlich vis-à-vis de rien stehen, so leuchtet dies für Fett mir und vielen anderen nicht ein. Der Weidebetrieb steht vor der Tür, wo das Milchvieh mehr Fettkörper zu produzieren beginnt; dieser Umstand muß doch m. E. allein imstande sein, die bisherige allerminimalste Ration von 45 Gramm Butter aufrechtzuerhalten. Und dann fasse man doch endlich bei den Großbauern energisch zu. Dort ist noch viel Fett herauszuholen. Der große Teil der Landbevölkerung hat bis heute an seiner Butter — und Fettversorgung noch keine Not gelitten. Und wenn man auch nicht verlangen wird, daß auch diese Leute sich mit unsern Rationchen begnügen, so braucht deshalb der Mißstand nicht verewigt zu werden: hie Notstand, dort Ueberfluß. Man stelle das Volk nicht auf unnütze Geduldproben und schrecke es also nicht mit solcherlei Nachrichten, sondern greife an der rechten Stelle richtig zu, um uns die erwartete ausländische Fettration voll zukommen zu lassen. A. S.

Literatur.

„Der Wiederaufbau der Volkswirtschaft." Von Paul Umbreit. Preis 50 Pf. 1919. Berlin SW. 68, Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. — Der Neuaufbau unseres Wirtschaftslebens ist das Hauptproblem des deutschen Volkes. Mit ihm sind alle Kräfte in Reich, Staat und Gemeinde, in Verwaltung, im Betrieb und im Organisationsleben beschäftigt. In ihn münden schließlich alle Bestrebungen ein, die zu einer Wiedergesundung unseres Volkes führen sollen. Die vorliegende Schrift des als Schriftleiter der Generalkommission der Gewerkschaften bekannten Verfassers würdigt die seit dem Kriegsbeginn vollzogenen Umwälzungen und weist auf die Notwendigkeit eines einheitlichen Freistaates für unsere Wirtschaftsentwicklung, sowie auf die Unentbehrlichkeit des Anschlusses an die Weltwirtschaft hin. Von großem Interesse ist die künftige Stellung von Unternehmertum und Arbeiterschaft zueinander, für die der Abschluß der zentralen Arbeitsgemeinschaft auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung und völliger Parität richtunggebend sein wird. Zum Schluß berührt der Verfasser die Fragen der Sozialisierung, die vor allem die Arbeiterschaft bewegen. Die Schrift dürfte sich wegen ihres reichen Inhalts und wegen ihrer klaren Stellungnahme zu den brennendsten Tagesfragen viele Freunde erwerben.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 26. Heft vom 1. Band des 37. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Gewerkschaften oder Rätesystem? Von August Ellinger. — Parteitag? Von Arno Franke. — Die Zukunft der Ehe. Von Hans Marckwald. — Die Begründerin der deutschen Frauenbewegung. Zum hundertjährigen Geburtstag (26. März 1819) von Luise Otto. Von Adele Schreiber. — Zum Streit zwischen Karl Marx und Karl Vogt. Ein bisher unbekannter Brief von Marx an die „Augsburger Allgemeine Zeitung". Von Heinrich Cunow. — Notizen: Englands Geldmarkt während der Kriegszeit.

Tapeten

Fernsprecher 6407 und 6483.

Unser Lager ist neu ergänzt. Wir bieten eine grosse Auswahl prachtvoller Muster.

Sonder-Abteilung:

Künstler- u. Damast-Tapeten :: Linkrusta-Tapeten :: Zierleisten für Tapeten.

Arnold & Troitzsch, Halle a. d. Saale, Grosse Ulrichstrasse Nr. 1 (Am Kleinschmieden).

Radfahrer!

Ventil-Gummi, Gummi-Lösung in prima Para. 2780

H. Bieder, nur Gr. Steinstrasse 35, Gummiladen.

Prima Kautabak

nach Nordhäuser Art i. Stangen bei **Franz Rudloff,** Thomasiusstraße 34. 2788

Wieder eingetroffen

4 Wagg. Emaille Geschirre

Ia. Qualität.

Als ganz besonders günstige Kaufgelegenheit bieten ferner an

1 Wagg. Ausschuß-Geschirre,

darunter Kochtöpfe, Ringtöpfe, Eimer, Schüsseln, Kasserolle, Kaffeekannen, Siebe, Schöpflöffel usw. usw.

Burghardt & Becher, Leipzigerstrasse 10. Fernsprecher 1226.

2 Facharbeiter

für Terrazzoarbeiten für sofort gesucht. 2777

Arth. und Emil Zinke, Hettstedt, Lutherstraße 1.

Altmöbel-Verwertung

Halle a. S., Moritzzwinger 3

Ankauf und Verkauf ganzer Wohnungseinrichtungen, aller Einzelmöbel — neue Küchen auf Lager. Versand nach auswärts. 2565 **Emil Winkel.**

Naumburg. Freie Turnerschaft.

Unsere Turnstunden finden Dienstags und Freitags von 8—10 Uhr in der Turnhalle der Mittelschule (Eingang Schulstraße) statt. Anmeldungen daselbst. 2778

Stellen finden.

Tüchtige Beschlagschmiede gesucht!

Einstellung als Zivilarbeiter. Freie Unterbringung und Verpflegung. 2794 **Wirtschaftskompagnie des Mansfelder Feldart.-Regts. Nr. 75.**

Tüchtige **Maurer** werden eingestellt 2766 Turmstraße 5.

Schuljunge aus guter Familie zum Wegelaufen usw. gesucht. 2791 Mand, Gr. Steinstr. 9.

Ordentliche **Zeitungsträgerinnen** gesucht.

Verlag der Volksstimme Gr. Ulrichstr. 27.

Bekanntmachung.

Vom 4. ds. Mts. ab wird Zug 3 von Hettstedt bis Halle wieder durchgeführt, ab Hettstedt 12⁰⁰ mittags, Ankunft in Halle 2⁵⁰ nachmittags und Zug 6 verkehrt von Halle bis Gerbstedt, ab Halle 7³⁰, Ankunft in Gerbstedt 9²⁷ abends. 2781

Halle, den 2. April 1919

Halle-Hettstedter-Eisenbahn.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751919040З-17/fragment/page=0006